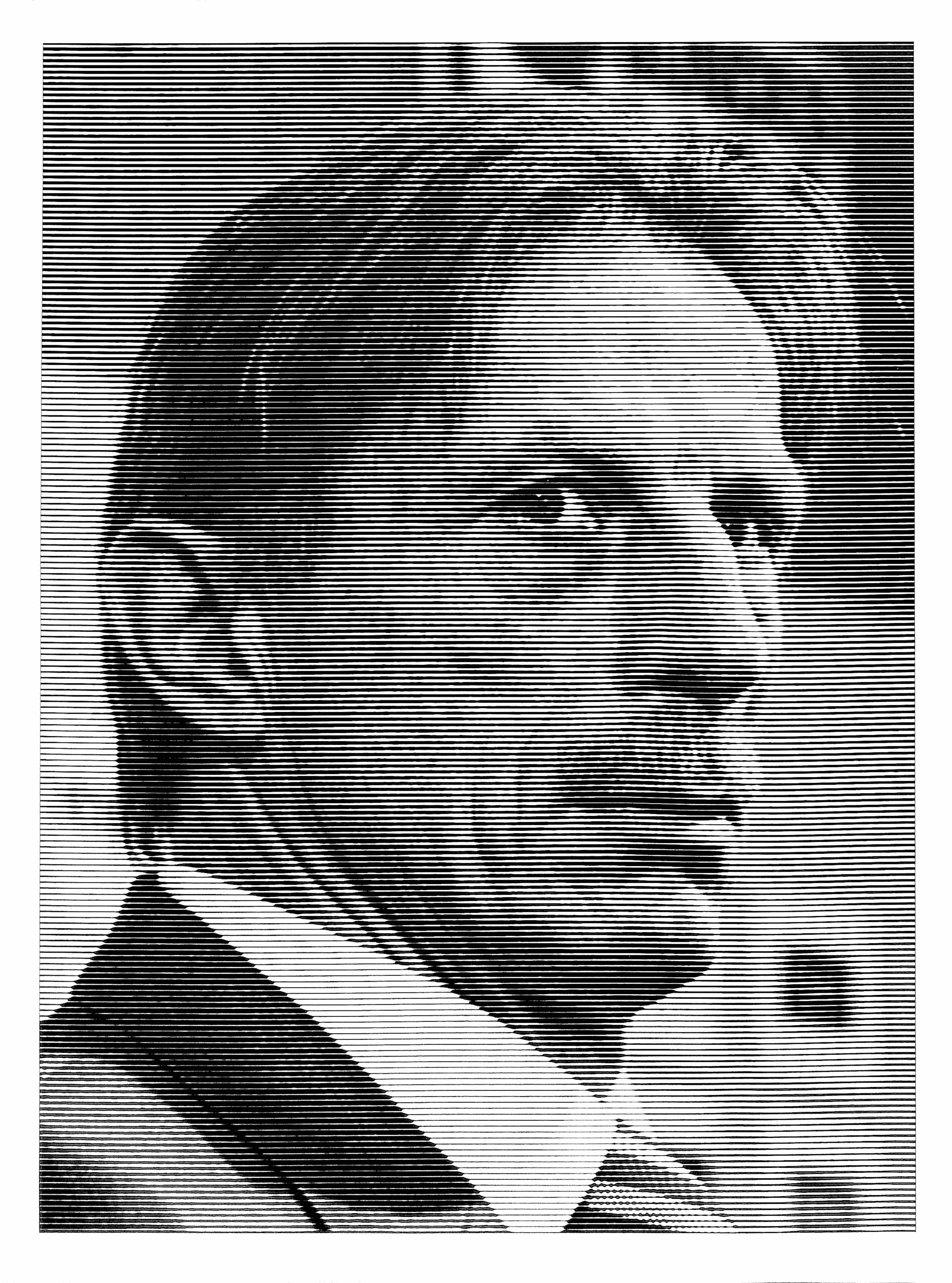
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
HERBST 2008 NUMMER 53 EURO 5,0

HOMOPHOBIE





INHALT

EDITORIAL

DIE ZAG

war schon immer ein Zentrum der Arbeit – nur mit der Grundsicherung sah's traditionell immer bescheiden aus. Für diese sah sich die ZAG bisher konsequent als unzuständig an. Dass nun die Arbeitsagentur sich namentlich unter die Fittiche der ZAG begibt, hat leider keine Auswirkungen auf unsere ökonomischen Möglichkeiten. Die Immobilien- und Bankenkrise wird allerdings unsere Rücklagen und Sicherheiten auf dem Grundstücks- und Investitionsmarkt restlos auffressen.
Die notwendigen Billionen zur Rettung der ZAG-Arbeitsplätze hoffen wir dann doch durch die Verstaatlichung unseres Defizits gestellt zu bekommen, um weiterhin die Rendite- und Gewinnaussichten der privaten ZAG-Portfolios steuerfrei gewährleisten zu können. Wir waren schon immer der Meinung: alles muss seine Grenzen haben und die sind bei finanziellen Verlusten erreicht. Dass das beste Wirtschaftssystem aller Zeiten, der Kapitalismus, erst nach dem Motto »Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren« wirklich perfekt wird, unterzeichnen wir gerne – die isländische Regierung ist hier beispielhaft. Auch unsere BRD scheint sich vorausschauend auf die bevorstehenden Aufgaben vorbereitet zu haben und unnötige Ausgaben, wie die Rechtsberatungsbeihilfen für Arbeitslose, konsequent eingespart zu haben. So kann der Schotter jetzt einer sinnvolleren Verwendung zugeführt werden. Dass der Crash-Freitag nicht auf die Börse beschränkt blieb, sondern auch Herrn Haider mit 142 aus – und ohne unser Klagen-furt ins kärntnerische Jenseits schleuderte, ist ein Ereignis, zu dem wir präventiv feststellen, nicht daran beteiligt gewesen zu sein. Ob damit Österreichs politische Hetzkultur so schweigsam werden dürfte wie die Telekom zu ihrem Datenschutz, der 30 Milliönchen KundInnen einen enormen Publizitätsgewinn erbrachte, ist sehr zu bezweifeln. Die bei der Telekom hergestellte Transparenz des Kundenstammes geht wohl auf die staatliche Vorbildfunktion zurück. Transparenz – alle reden darüber – unsere Regierung handelt: beim Stammbaum. Bisher nur als Privileg beim Familiennachzug vorgesehen, könnte die Transparenz der familiären Sippen-DNA die Ungewissheiten der doitschen Familie, mit so seltsamen, moralisch und rassisch bedenklichen Konstrukten wie »sozialer Vaterschaft«, aus dem Schummerlicht holen.
Zur Rettung dieses etwas halbherzigen Schrittes zur DNA-Transparenz muss jedoch festgehalten werden: Das kostenfressende Durchfüttern nicht original doitscher Hungerleider wird gebremst – wir haben bei der Lage an der Börse doch wirklich nichts zu verschenken.

Mit rezessiven Grüßen
Eure Z-AG Gmbh & Co KG OHG GbR

AKTUELL

JENSEITS DES REGENBOGENS

ROMIN KHAN

Mit der Abschottung Europas und der regionalen Nähe zu krisengeschüttelten Ländern wie Simbabwe ist Südafrika in den letzten Jahren zu einem Anziehungspunkt für afrikanische MigrantInnen geworden. Es ist davon auszugehen, dass heutzutage über fünf Millionen afrikanische MigrantInnen im Land leben.
Im Mai 2008 sorgte massive Gewalt gegen diese MigrantInnen in Südafrika erstmals für weltweites Entsetzen. Die Opfer des Mobs werden auf über 60 Tote und fast 60.000 Vertriebene beziffert. Im Zuge der Gewaltwelle haben alleine in der Kapregion 20.000 Menschen ihr Zuhause verloren.
Als Hauptgründe für die Gewalt nannten hiesige Medien die Arbeitslosigkeit, die in vielen Townships bis zu 60 Prozent beträgt, und die sich durch steigende Lebensmittel- und Energiepreise verschlechternden Lebensbedingungen. Zudem führe die Konkurrenzsituation zwischen schwarzen SüdafrikanerInnen und MigrantInnen afrikanischer Nachbarstaaten zu Spannungen, in denen sich alltägliche Konflikte schnell zu einem »sozialen Tsunami« entwickeln könnten, wie der holländische Sozialforscher Peter Waterman die Angriffe charakterisierte. Die These, dass es sich im Wesentlichen um Armutsrevolten handelte, die mit Plünderungen migrantischer Ladenbesitzer einhergingen, wurde durch verschiedene Untersuchungen der Vorkommnisse unterstützt.
Eine Analyse des *Southern African Migration Project* (SAMP) stellt heraus, dass die xenophobe gesellschaftliche Grundstimmung, zu der Medien, Polizei und Politik beigetragen hatten, die Gewaltakte noch befördert habe. Verwiesen wird auf den Zusammenhang zwischen faktischer Entrechtung von MigrantInnen und ausländerfeindlichen Äußerungen von PolitikerInnen und Medien, die einer willkürlichen Behandlung durch die Polizei Vorschub geleistet hätten. Die AngreiferInnen hätten sich legitimiert gefühlt, ein gesellschaftliches Bedürfnis zu exekutieren.
Das Zusammenspiel von medialer Hetze, staatlicher Entrechtung und ausländerfeindlicher Grundstimmung erinnert an die jüngsten antiziganistischen Pogrome in Italien. Doch dieser Vergleich wird der Situation nicht gerecht. Welche spezifischen Faktoren sind in Südafrika für die Gewalt verantwortlich? Warum betrachten hier Menschen, die in ähnlichen sozialen Armutsverhältnissen leben, primär oder einzig die Konkurrenzsituation um Arbeit und Sozialleistungen als Grund für ihre prekäre Lage? Die Antworten der Medien und des politischen Establishments, xenophobe Einstellungen seien weit verbreitet und für die aktuellen Konflikte in Südafrika verantwortlich, sind unbefriedigend.

FREMD IST NICHT GLEICH FREMD

So waren keineswegs alle MigrantInnen von der fremdenfeindlichen Gewalt betroffen. Völlig unbehelligt blieben Hunderttausende von EuropäerInnen, die sich in den letzten Jahren in südafrikanischen Metropolen niedergelassen haben. Sie fühlen sich von den Arbeitsmöglichkeiten, der Schönheit des Landes und seiner Lebensqualität angezogen. Dass diese nur für sie lebbare Lebensqualität auf der Gewalt der Apartheid gründet, wird stillschweigend hingenommen. Aus der Perspektive der europäischen Einwanderergemeinden ist die soziale Verantwortung gegenüber den südafrikanischen Armen zumeist damit abgegolten, dass man überzeugt davon ist, »Geld ins Land zu bringen«. Doch die Reproduktion der rassistischen Spaltungslinien wird nicht zuletzt durch den Lebensstil und die Konsummuster der europäischen EinwanderInnen befördert. Besonders deutlich wird dieser Einfluss in der anhaltenden Spaltung der Städte, die ein wesentliches Charakteristikum der

Apartheid war. Denn im Zuge von mit ausländischen Währungen getätigten Investitionen sind die Preise für Bauland und Immobilien in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Sie bewirken, dass sozialer Wohnungsbau zumeist nur am Rande der Städte realisiert werden kann. Die Armut bleibt auf die ausufernden Ränder der Städte konzentriert – ganz wie zu Zeiten der Apartheid.
Dort, in den informellen Barackensiedlungen und Townships, liegen die Wohngebiete derjenigen, die sich auf den wachsenden informellen Arbeitsmärkten gegenseitig Konkurrenz machen. Es sind nicht nur die Lebensräume für Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen aus Simbabwe, Mosambik und Malawi, sondern auch für die BinnenmigrantInnen aus den verarmten ländlichen Regionen und ehemaligen Homelands Südafrikas. Viele sind illegal bereits in den 1960er und 70er Jahren in die Zentren migriert, andere erst nach dem Wegfall der mobilitätsbeschränkenden Apartheidgesetze. Obwohl ein Großteil der BinnenmigrantInnen schon seit Jahrzehnten in den Städten lebt, sind sie nicht in die städtische Gesellschaft integriert. Sie bleiben oftmals von staatlichen und kommunalen Sozialprogrammen ausgeschlossen.
Auf die beidseitigen, geteilten Migrations- und Exklusionserfahrungen von AngreiferInnen und Opfern der pogromhaften Gewalt wurde in den Anlaysen, die schlicht xenophobe Tendenzen konstatieren, nicht eingegangen. Zudem gibt es nicht nur einfach die Konkurrenz zwischen den Armen, sondern auch diejenigen, die von diesem Verhältnis profitieren und es aufrechterhalten. Dazu zählen, wie bereits angedeutet, nicht nur die südafrikanischen Eliten. Auch die finanzstarken EinwanderInnen aus dem Norden tragen zur Zementierung sozialer Diskrepanzen bei. Zwar bildet sich dank staatlicher Förderung und Bevorzugung schwarzer Beschäftigter und UnternehmerInnen eine – wenngleich zahlenmäßig geringe – afrikanische Ober- und Mittelklasse. Doch gilt für die städtischen Eliten, dass sie noch immer überwiegend weiß sind. Ihre Nachfrage nach billiger Arbeitskraft für private, häusliche Dienstleistungen ist mitverantwortlich dafür, dass im neuen Südafrika der erhoffte Bedeutungsverlust der während der Apartheid vorgenommenen Klassifizierungen in weite Ferne gerückt ist.

IDEE DER REGENBOGENNATION

Vor dem Hintergrund dessen, dass weiße Südafrikaner und Europäer trotz der aufgezeigten gesellschaftlichen Mitverantwortung für die heutigen Verhältnisse, nicht zur Zielscheibe der »fremdenfeindlichen« Angriffe wurden, verwundert die hierzulande überstrapazierte Verwendung der visuellen Metapher vom zerbrechenden, bewölkten oder verschwindenden Regenbogen. Schließlich symbolisiert das Sinnbild der südafrikanischen Nation im engeren Sinne nicht vielmehr als eine Koexistenz der entlang »Rasse«kategorien geschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Doch gerade die Stabilität dieser Ordnung hat sich mit Angriffen eher bewahrheitet, als einen Schaden genommen.
Darüber hinaus barg der Regenbogen als Sinnbild des neuen Südafrikas aber auch die Zuversicht, dass es möglich sei, rassistische Denkmuster friedlich zu überwinden. Er steht für die Hoffnung, eine kulturell und ethnisch heterogene Gesellschaft neu zu konstituieren, die zum Vorbild für multikulturelle Einwanderungsgesellschaften im 21. Jahrhundert werden könnte. Gegenüber dieser von Widersprüchen befreiten Imagination konnte die Realität nicht Stand halten. Das Land entwickelte sich zu einer Projektionsfläche für die selbstverständliche Existenz einer multikulturellen Gesellschaft, ohne den strukturellen Charakter der gesellschaftlichen Spaltung in Angriff zu nehmen. Nun stellt die Migration aus anderen afrikanischen Ländern kein neues Phänomen dar, hat aber im Vergleich zur Zeit der Apartheid stark zugenommen. Mit ihr haben die gesellschaftlichen Prozesse in Südafrika endgültig eine Dynamik erhalten, die die starre Regenbogenmetapher als Selbstbild überfordert. Es gibt keine Suche nach Wegen, wie das neue Südafrika die Trennlinien zwischen den verschiedenen Gruppen überwinden könnte, ohne einen nationalen Integrationsprozess auf Kosten von afrikanischen EinwanderInnen zu gestalten.
Die Verwendung des Begriffs der »afrophoben« Gewalt in den jüngsten Analysen der Gewaltereignisse unterstreicht, dass die aktuellen Entwicklungen in die zu befürchtende Richtung weisen. Marjorie Jobson, die Direktorin der *Khulumani Support Group*, einer Selbsthilfeorganisationen von Überlebenden der Apartheidgewalt, erklärt die Wirkungsweise dieser Gewalt: »Die internalisierten Stereotypen aus der Apartheidzeit kommen nach wie vor zum Tragen. Das Apartheidregime hatte ein perfektes System von Spaltungsstrategien gegen die ausgegrenzte Mehrheit der Bevölkerung entwickelt und realisiert. Ohne sie zu hinterfragen, wurden aus dieser Zeit stammende Stereotypen vom Schwarzen als Dieb, Vergewaltiger und Dummkopf auf die Einwanderer übertragen. Hinzu kommt, dass die großen Erzählungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) und die nachfolgenden Strategien zur Nationenbildung darin bestanden, dass ›wir alle eins sind‹, dass wir uns ›gegenseitig verziehen haben‹.«
Damit stellt sich zwischen den Ereignissen im Mai und der jüngeren Geschichte des Landes ein Zusammenhang her. Die Position, dass die TRC es nicht vermocht hat, den strukturellen, systemimmanenten und alltäglichen Gewaltcharakter des Apartheidregimes aufzuarbeiten, scheint sich mit den aktuellen Angriffen aufs Bitterste zu bewahrheiten. Der Schwerpunkt wurde stattdessen auf eine Politik der positiven Diskriminierung (*Affirmative Action*) auf dem Arbeitsmarkt und bei der Vergabe für öffentliche Aufträge gelegt, zum Beispiel durch die Bestimmungen des *Black Economic Empowerment*. Diese Maßnahmen trugen weniger zu einer Transformation des rassifizierten Arbeitsmarktes bei als zu einem Transfer von Eigentum und Machtpositionen hin zu einer kleinen, dem ANC nahestehenden schwarzen Mittelklasse. Die in Kolonialismus und Apartheid wurzelnde Marginalisierung findet für einen Großteil der schwarzen Bevölkerung in der Post-Apartheid-Gesellschaft eine Fortsetzung.

PROBLEME BEIM NATION-BUILDING

In dieser Situation fallen ausländerfeindliche Äußerungen südafrikanischer PolitikerInnen auf fruchtbaren Boden. Michael Neocosmos (2008) zufolge sind die Gründe jedoch nicht auf die Bedingungen sozialer Marginalisierung reduzierbar, sondern auch im Prozess des südafrikanischen *Nation-Building* zu suchen. Die zu Apartheidzeiten kultivierte Weigerung, sich als integraler Bestandteil des Kontinents zu verstehen, beschreibt nicht mehr nur eine Haltung des weißen Südafrikas. Vielmehr sei dieses Verhältnis zum Rest Afrikas auch den neuen schwarzen Eliten zu Eigen geworden. Afrika, das sei der Platz des »Anderen«. Im Sinne einer negativen Integration findet diese Haltung ihren Widerhall nun bei den Verarmten, deren Option auf soziale Verbesserung einzig an die nationale Zugehörigkeit geknüpft ist. Den Zugang zu politischen, bürgerlichen und sozialen Rechten über die Staatsbürgerschaft zu regeln, kritisiert Neocosmos als weiteren Geburtsfehler des neuen Südafrikas. Denn diese Verknüpfung von Indigenität

und Citizenship führe zwangsläufig zu einer Diskussion darüber, wer mehr und wer weniger »eingeboren« sei. Hieraus erwachse die Gefahr weitergehender rassifizierter Gewalt in Südafrika, die sich Neocosmos zufolge auch zwischen den unterschiedlichen südafrikanischen Gruppen ereignen könnte.
Zwar ist es bis dato nicht zu größeren Ausbrüchen derartiger Gewalt gekommen, doch wurde deutlich, dass die aus der Apartheidzeit stammenden Klassifizierungen der Menschen für politische Zwecke mobilisierbar bleiben. Die gesellschaftlichen Effekte des Rassismus werden noch lange ihre Wirkung entfalten. Die Reintegration Südafrikas in die globalen Kapital- und Migrationsbewegungen hat diese Problematik eher verstärkt als aufgehoben.

WIRKUNGSLOSE APPELLE

Eine Revision und Demokratisierung der Verhältnisse müsste mit einer im Sinne Steve Bikos verstandenen Dekolonisierung des Bewusstseins einhergehen und bewusster die strukturellen und subjektiven Effekte des Rassismus thematisieren. Die Fokussierung der ANC-Führung auf die Ebene der Repräsentation im öffentlichen Leben und ihr Ziel, in der Arbeitswelt Verhältnisse herzustellen, die der demografischen Verteilung in der Gesellschaft entsprechen, reichen da nicht. Das »neue« Südafrika ist konservativen politischen Konzepten gefolgt. Die Verfassung, die als progressivste der Welt bezeichnet wird, sieht keine weitergehenden sozialen Rechtsansprüche und Legalisierung für Nicht-StaatsbürgerInnen vor. Dies hätte bedeutet, die Existenz der Wanderarbeit als eine wesentliche Begleiterscheinung des Kolonialismus anzuerkennen und nicht auf dem Geburtsort als primärem Kriterium für den Zugang zu Staatsbürgerschaft zu beharren.
Darüber hinaus hat das System der Wanderarbeit eine spezifische historische Ausprägung im südlichen Afrika: es steht im engen Zusammenhang mit der sozialen und wirtschaftlichen Destabilisierungspolitik, die das Apartheidregime gegenüber den regionalen und angrenzenden sozialistisch orientierten Ländern in der Hochphase des Kalten Krieges betrieben hatte. Obwohl die Solidarität der afrikanischen Länder mit dem südafrikanischen Befreiungskampf stets rhetorisch gewürdigt wurde, stand eine Materialisierung dieser Dankbarkeit in Südafrika nie zur Debatte. Aufgrund des Verzichts auf politische Schritte wie eine Entkopplung von Staatsbürgerschaft und dauerhaften Aufenthaltsrechten für ArbeitsmigrantInnen ist es nicht überraschend, dass die panafrikanischen Solidaritätsappelle der ANC-Spitze bei der eigenen Anhängerschaft vielfach verhallen.
Doch es gibt noch andere politische Akteure. So setzte die Bewegung der BewohnerInnen aus den Armenviertel Durbans den Zusammenhang von Entrechtung und Ausgrenzung der MigrantInnen auf die Tagesordnung. In einer Solidaritätserklärung mit den Opfern der Angriffe forderten sie: »Lasst uns für einen sicheren Aufenthaltsstatus, für Papiere für unsere Nachbarn kämpfen, so dass wir uns alle für die Rechte der Armen in gleicher Weise einsetzen können.« (Abahlali Basemjondolo 2008). ‹›

Romin Khan lebt in Berlin. Eine längere Fassung dieses Textes mit umfangreichen Literaturangaben ist zu finden unter: www.migration-boell.de/

KULTURALISIERUNG SOZIALER GEGENSÄTZE

GRUPPE SOZIALE KÄMPFE

Vom 19. bis 21. September 2008 wollte sich die rechte Bürgerbewegung »Pro Köln« in Köln und Leverkusen zum »Anti-Islamisierungskongress« treffen. Eingeladen waren viele Rechtsextreme aus ganz Europa, unter anderem Jean-Marie Le Pen von der *Front National* (FN) aus Frankreich, Heinz-Christian Strache von der FPÖ aus Österreich, Filip Dewinter vom belgischen Vlaams Belang, sowie Vertreter der CDU. Der fehlgeschlagene Kongress kann als Versuch der europäischen Rechten gesehen werden, sich an dem Thema »Islamisierung Europas« zu konsolidieren und eine Europäische Partei voran zu bringen.
Die erfolgreiche Verhinderung dieses Anti-Islamisierungskongress war das Ergebnis einer der größten antifaschistischen und antirassistischen Mobilisierungen der letzten Jahre. Die Wahrnehmbarkeit des Themas und die politische Brisanz der darin enthaltenen Fragen und Positionen sind weit über den konkreten Konflikt hinaus in die Öffentlichkeit getragen worden. Aufrufen zur Blockade durch Antifa AK Köln, dem Bündnis gegen »Pro Köln«, der Interventionistischen Linken und dem Ums-Ganze-Bündnis waren 10.000 Gegendemonstranten gefolgt; auch unter der Bevölkerung (Taxifahrer, Gastwirte) kamen viele den Aufrufen nach.
Breite Bündnisse – wie die in Köln – sind wichtig und ein notwendiger Bestandteil eines Kampfes um die Hegemonie. Genauso wichtig ist es, eine antirassistische Kritik zu formulieren und in die Auseinandersetzungen einzubringen, die sich nicht auf Toleranz, kulturelle Differenz oder das Recht auf Religion bezieht. Denn diese »Werte« brechen nicht mit der Logik der Kulturalisierung, sondern bestärken sie von »links«.
Wie können rassistische Mobilisierungen gegen MigrantInnen als »Muslime« kritisiert werden, ohne in die Falle der Kulturalisierung zu tappen? Wie können reaktionäre politisch-religiöse Bewegungen im Islam und Entwicklungen in migrantischen Communities so kritisiert werden, dass ihre gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen – der Rassismus der Mehrheitsgesellschaft und gesellschaftliche Machtverhältnisse in den Blick kommen? Dabei stellen sich zwei Fragen, auf die antirassistische Strategien antworten müssen:
Warum wird das Feindbild Islam für so viele Menschen attraktiv? Rechte Mobilisierungsfähigkeit muss in einen Zusammenhang mit den Umbrüchen des Kapitalismus und neoliberalen wie autoritären Strategien des herrschenden Blocks gestellt werden. Zum anderen fragen wir uns, inwiefern tatsächlich von einem antimuslimischen Rassismus (AmR) gesprochen werden kann, ohne damit in die Falle zu tappen, rechte islamistische Politiken naiv zu übersehen.

UNSERE THESE

AmR ist Teil von Prozessen der Kulturalisierung der sozialen Frage. In diesen Auseinandersetzungen (mindestens seit den 1980ern) wird die Frage der kulturellen Identität und Differenz zentral, die gesellschaftlichen Bedingungen für Rassismus und hierarchische Unterwerfung von MigrantInnen rücken in den Hintergrund.

Der neoliberale Block an der Macht kann durch die Mobilisierung eines Feindbilds Islam Zustimmung für Sicherheitspolitiken organisieren, während soziale Sicherheit zurückgefahren wird: Eine autoritäre Bearbeitung sozialer Widersprüche, die auf der Organisierung rassistischer Kompromisse beruht. In diese sind (wachsende) Teile der Bevölkerung eingebunden.

Eine Kritik von AmR muss daher sowohl diese gesellschaftlichen Grundlagen in den Blick nehmen und sie in antirassistischen Strategien berücksichtigen, als auch mit der Kulturalisierung von sozialen Konflikten brechen. Das ist aber nur dann möglich, wenn islamische religiöse und kulturelle Bewegungen als ein Teil dieser Auseinandersetzungen ernst genommen werden. Die unterschiedlichen (!) Bewegungen im religiösen und politischen Islam müssen kritisiert werden, ohne ihre Verankerung in hierarchischen und rassistischen Verhältnissen auszublenden.

ETHNISIERUNG DES SOZIALEN

Die Auseinandersetzungen um muslimische Organisationen und den Platz ihrer Religionsausübung sind in dieser Gesellschaft zu einem zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungsfeld geworden. Rechtsextreme und rechtskonservative Kräfte (bis zu Teilen der CDU) setzen auf eine Mobilisierung gesellschaftlicher Bündnisse gegen MigrantInnen als »die Muslime« oder Träger »des Islam«. Dabei können sie große Zustimmung und einen rassistischen Konsens über die Fremden, die mit ihrer Kultur keinen Platz in der Gemeinde haben sollen, organisieren. Diesen Mobilisierungen ist gemeinsam, dass sie »den Islam« als eine homogene, feststehende Kultur der Anderen (das heißt kulturell Nicht-Deutschen / Europäischen) beschreiben und MigrantInnen auf eine wesenhafte kulturelle Identität als Muslime festlegen.

Diese Kultur sei nicht mit der Mehrheitsgesellschaft vereinbar, führe zu gesellschaftlichen Problemen (Islam als Ursache für fehlende Integrationsfähigkeit/ willigkeit) und stelle letztlich eine Gefahr für »die Gesellschaft« dar. Je nach ideologischer Position wird die deutsche Gesellschaft als christlich-abendländisch geprägt, über die deutsche Sprache zusammengehalten oder als westlich-säkular verstanden. In beiden Strömungen wird »der Islam« als antimoderne, rückschrittliche Kultur angesehen.

Antimuslimischer Rassismus muss daher in dem Spannungsfeld von kulturalistischen und orientalistischen Konstruktionen und ihrer Veränderung und »Aktualisierung« in Auseinandersetzungen »über die Gesellschaft, in der wir leben«, die in gesellschaftlichen (ökonomischen, politischen und ideologisch-kulturellen) Kräfteverhältnisse stattfinden, analysiert werden.

In den Bildern über MigrantInnen in der BRD spielte Religion / Kultur zunächst keine bestimmende Rolle. MigrantInnen wurden als »Gastarbeiter« betrachtet, also primär über ihren sozio-ökonomischen Status wahrgenommen, ansonsten entlang ihrer Nationalität. In den 1980er Jahren tauchen kulturell-religiöse Momente in der Konstruktion »der Anderen« auf, was mit einer Engführung auf MigrantInnen aus der Türkei einhergeht. Mit dem zweiten Golfkrieg wird diese Religion, »der« Islam, als politisierte Religion thematisiert, seit 9/11 dann als kriegerische Religion mit der Konnotation des »arabischen Terrorismus«. Insofern sprechen wir von einem Wandel im Diskurs über »die Anderen«:

Er konstruiert MigrantInnen religiös-kulturell als Muslime und den Islam als politisch-kriegerisch-terroristisch. Als rassistisch bezeichnen wir diesen Diskurs, weil Machtverhältnisse zementiert, die auf den Ausschluss oder die Unterordnung von »MigrantInnen« als »kulturell Anderen« zielen. Dabei werden soziale Probleme und Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft an einer »identifizierbaren« Gruppe festgemacht – eine »Ethnisierung der sozialen Frage«. Dies verweist auf eine tiefgreifende Terrainverschiebung in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen – im politischen Diskurs, im Staat und in der Zivilgesellschaft.

In den 1980ern vollzog sich im Kontext von Kohl »geistig-moralischer Wende« eine Ethnisierung der sozialen Frage: Migration und Integration werden primär als Fragen von kultureller Differenz interpretiert. Diese Verschiebung wurde zwar von konservativer Seite initiiert, dann aber unter umgekehrten Vorzeichen von links akzeptiert und verstärkt, die Linke ließ sich in das Kultur-Diskursfeld hineinziehen: Die Orientierung auf Toleranz gegenüber anderen Kulturen, weil sie »anders« sind, der Multikulturalismus als Ideologie des liberal-bürgerlichen Spektrums. Er klammerte soziale Bedingungen aus und festigte das Bild von anderen Kulturen. Jetzt wird vielerorts von früheren Vertretern das Scheitern des Multikulturalismus ausgerufen und kulturelle Integration als Anforderung an »die MigrantInnen« gefordert. Rot-grün machte immerhin einen Anlauf, wenigstens das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht zu reformieren. Das wäre eine wesentliche Voraussetzung für politische Gleichstellung von MigrantInnen gewesen. Abgesehen davon, setzte rot-grün die Ethnisierung der sozialen Frage fort. Die Klassengegensätze und gesellschaftliche Machtverhältnisse verschwinden in der »Neuen Mitte«, während sich durch die neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik die sozialen Gegensätze verschärfen. Von der Prekarisierung sind MigrantInnen in besonders hohem Maße betroffen, gleichzeitig wird ihre gesellschaftliche Situation zu einem Problem von Integration und von kultureller Differenz und Assimilation erklärt. Soziale Widersprüche sollen an einer ethnisierten Unterschicht von (meist jugendlichen) MigrantInnen festgemacht werden, deren Kultur daran Schuld sei, dass sie keine Chancen auf dem Arbeits- und Bildungsmarkt hätten. Die ethnisierte Unterschichtung der Gesellschaft wurde damit verschärft.

Unter der bundesdeutschen Regierung von Schwarz-rot rückt das Thema Islam als »Sicherheitsproblem« in vielen Bereichen in den Vordergrund. Dies wird durch neue Beziehungen zwischen staatlicher Integrationspolitik und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Verbänden durchgesetzt: muslimische Verbände werden als Repräsentanten von »MigrantInneninteressen« eingeladen. Sie vertreten tatsächlich konservative und teilweise kritikwürdige Positionen den Grundrechten gegenüber – aber eben nur etwa 20 Prozent der Muslime in Deutschland (Kandel 2004).

WETTBEWERB UND SICHERHEIT

Die Mobilisierungsfähigkeit der Anti-Moschee-Bewegungen ist ein Teil dieser Verschiebungen im kulturell-ideologischen Feld. Die Konjunktur von antimuslimischen, rassistischen Diskursen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Gruppen steht aus unserer Sicht in engem Zusammenhang mit den sozialen Umbrüchen des Kapitalismus und der Hegemonie neoliberaler Politiken auf nationalstaatlicher wie europäischer Ebene. Mit dem Abbau sozialer Sicherheit wurden zugleich die Sicherheitsapparate hochgefahren und Sicherheitspolitiken verschärft.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Staaten richtet sich gegen neue Gegner: Der politische Islam und der Terrorismus. Sie zielt vor allem auf eine Absicherung von Kapitalinteressen und neoliberalen Politiken.

Anti-islamische Diskurse wirken dabei doppelt: zum einen mobilisieren sie Zustimmung zum Ausbau von Sicherheitspolitik und der Verteidigung »westlicher«, europäischer Interessen unter anderem mit militärischen Mitteln. Zum anderen können die darin enthaltenen Deutungsmuster – soziale Konflikte und Widersprüche kapitalistischer Globalisierung werden zu Konflikten zwischen Religionen, Kulturen – von unten aufgegriffen werden, um Verteilungskämpfe und Kämpfe um soziale Sicherheit ausschließend zu führen und Bündnisse auf der Grundlage rassistischer Kulturkonstruktionen oder nationaler Identität zu schließen. Der Ausbau von Sicherheitsapparaten, die Aushöhlung von Grund- und Bürgerrechten im Namen der Sicherheit stößt dabei nur auf schwachen Widerstand.

SOZIALE WIDERSPRÜCHE

Wo im Fordismus die Einbindung der Subalternen noch über materielle Zugeständnisse, Sozialstaat und das Versprechen einer berechenbaren oder wünschbaren Zukunft verlief, hat der aktuelle, neoliberale Kapitalismus nichts zu bieten außer Angst, Kontrolle und Sicherheit. Auffällig ist, dass die Kampagnen »von oben« von unten aufgegriffen, ausgearbeitet und beantwortet werden. Über den Sicherheitsdiskurs und die darin enthaltenen kulturalistischen und antimuslimischen Konstruktionen gewinnen neoliberale Strategien von unten her an Zustimmung. Und er findet seine Resonanz in den Unsicherheitserfahrungen der Freigesetzten.

Die Verteilungskämpfe und Konkurrenzkämpfe werden rassistisch oder sozialdarwinistisch gedeutet. Diejenigen, die noch über Lohnarbeit in abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen stehen und affirmativ zum neoliberalen Umbau stehen, nehmen die sich verschärfenden Arbeitsbedingungen als Herausforderung an. Je mehr der Druck steigt, und je mehr sie sich abrackern, ihm standzuhalten, desto vehementer verlangen sie das auch von allen anderen. Die, die nicht mithalten, werden als ausgrenzbar qualifiziert. So wird die neoliberale Antwort auf die zunehmende Prekarisierung der Mittelschichten sowie auf den Ausbau autoritärer und disziplinarischer Politik gegenüber der so genannten »Unterschicht« angenommen und gelebt. Die neoliberale Anforderung an die strukturell benachteiligten Subjekte besteht darin, sich selbst aus dem »Sumpf der Prekarität« rauszuarbeiten und »Verantwortung« für ihr Leben zu übernehmen. Schaffen die das nicht, sind sie entweder faul (so wie die Arbeitslosen) oder auf Grund ihrer kulturell bedingten Verhaltensweisen nicht anpassungsfähig im Sinne der neoliberalen Unterwerfung unter Marktanforderungen. Soweit MigrantInnen zunehmend als Muslime wahrgenommen werden bietet die Ablehnung von Muslimen und »dem Islam« eine Möglichkeit, Widerstand gegen die negativen Folgen des neoliberalen Umbaus ideologisch verschoben auszudrücken:

Integration, verstanden als Integration in den Arbeitsmarkt und Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen, findet wegen der kulturellen Differenz und dem fehlenden Anpassungswillen der Muslime (kulturell gesehen) nicht statt, deswegen haben die auch weder Bildung noch Arbeitsmarktchancen – quasi durch ihren selbstverschuldeten Lebenswandel. Auf Seite der Rassisten werden »die Ausländer« oft als »Globalisierung vor Ort« wahrgenommen.

WIE WEITER NACH KÖLN?

Neonazis und andere rechte Gruppierungen wie *Pro Köln* versuchen dabei eine unter anderem durch die neoliberale Wende der Sozialdemokratie entstandene Krise der Repräsentation der mittleren und unteren Schichten mit rassistischen Solidaritäts- und Interessenkonstruktionen zu füllen.

Eine linke Politik müsste in der Lage sein, Bündnisse für solidarische soziale Sicherheit zu schaffen, die sich eindeutig gegen eine Kulturalisierung der Konflikte stellt. Diese muss Rassismus als Ausgrenzungs- und Spaltungsideologie ernst nehmen und den Vorstellungen von homogenen Kulturen entgegen treten. Wie können also Perspektiven entwickelt werden, die die Interessen vieler Gruppen auf solidarische Weise verbinden können? Kultur übergreifende, gegenhegemoniale Orientierungen und Identitäten können langfristig gesehen nur in gemeinsamen Auseinandersetzungen entstehen, die die Grenzen sozialer Gruppen überschreiten ohne wiederum Hierarchien und Machtverhältnisse dabei auszublenden.

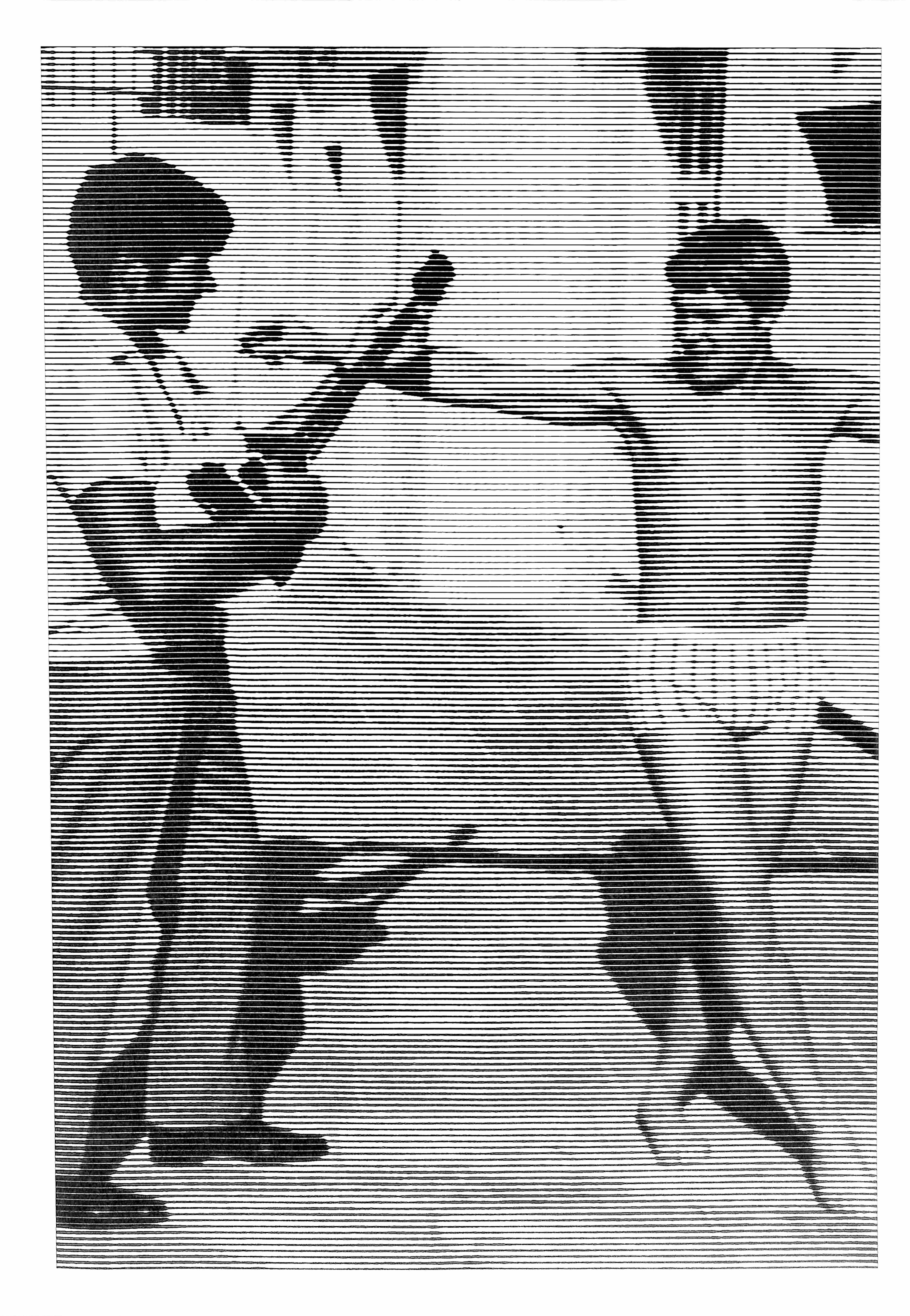
Ansätze hierfür könnten Bemühungen um transnationale Vernetzung für ein soziales Europa und globale Gerechtigkeit sein, ebenso die Erweiterung von antirassistischen Gegen-Mobilisierungen zu (langfristigen) gesellschaftlichen Bündnissen gegen anti-muslimischen Rassismus, sowie die Sicherheitspolitik und der Standortnationalismus.

MIGRATIONSPOLITIK UND HIERARCHISIERUNG

APOSTOLOS ANDRIKOPOULOS

Griechenland war traditionell ein Emigrationsland und bis in die 1990er Jahre »national« sehr homogen: 98 Prozent der Bevölkerung waren griechische Staatsbürger, sprachen griechisch und waren christlich-orthodox. In den 1990ern kam eine große Anzahl von MigrantInnen sowie Flüchtlinge aus Albanien und anderen osteuropäischen Ländern nach Griechenland. Dieser Umstand machte das Land plötzlich zu einem Immigrationsland (10 Prozent). Neue migrationspolitische Ansätze, mit der Situation umzugehen, gab es nicht. Das letzte Gesetz zu Einwanderungsfragen wurde im Jahr 1929 eingeführt.

1991 wurden neue Gesetze erlassen, welche auf eine Reduzierung der Einwanderungszahlen sowie der Dauer des Aufenthaltes von MigrantInnen abzielte. Es behandelte MigrantInnen hauptsächlich als temporäre Arbeitskräfte und nicht als BürgerInnen. Außerdem schrieb der legale Rahmen weitreichende Kompetenzen für die Polizei und Sicherheitskräfte fest. In der Praxis allerdings wurde illegale Migration weitgehend toleriert, was sicher auch mit der billigen Arbeitskräftezufuhr für griechische Unternehmen zu tun hatte. Erst nach 1998 wurde gesetzlich eine Möglichkeit eingeführt, den Status von MigrantInnen zu legalisieren, gefolgt von einer Reihe neuer Gesetze, die den Aufenthalt von MigrantInnen in Griechenland prägen. Bis heute ist die Politik gegenüber MigrantInnen von Widersprüchen und Ungleichzeitigkeiten durchzogen und hierarchisiert MigrantInnen auf eine bestimmte Art und Weise. Zum einen unterscheidet griechische Migrationspolitik zwischen »Aussiedlern«[1]



und »Ausländern«. Diese Kategorisierung stellt die Nationalität in den Fokus und ist – aus verschiedenen Gründen – in sich weiter unterteilt. »Ausländer« werden EU-Bürger, Flüchtlinge und Bürger aus Ländern unterteilt, mit denen Griechenland bilaterale Abkommen hat. So gibt es beispielsweise ein Abkommen zwischen den USA und Griechenland, welches allen US-BürgerInnen erlaubt, jede Art von kommerzieller und industrieller Tätigkeit in Griechenland auszuüben. Für alle nicht-westlichen BürgerInnen ist der legale Status sehr schwierig zu erlangen. Jegliche Aufenthaltstitel für diese Gruppe sind prekär.

Zum anderen gibt es interne Ausdifferenzierungen in der Migrationspolitik gegenüber Aussiedlern. Bot der griechische Staat den »Griechen« der Ex-UdSSR die volle Staatsbürgerschaft an, war das für »Griechen« aus Albanien bis vor kurzem nicht selbstverständlich. Sie konnten nur einen sogenannten »speziellen Identifikationsnachweis für Aussiedler erlangen, der ihnen bloß einen temporären Aufenthalt sicherte und von der Polizei häufig erneuert werden musste. Nicht allein, dass albanische »Griechen« keinen vollen Zugang zur Staatsbürgerschaft haben, sie sind auch von all den anderen Vorteilen ausgeschlossen, die »Griechen« aus der Ex-UdSSR genießen (Sozialwohnungen, Mietzuschüsse und Zuschüsse zum Einkommen).

Das »Griechischsein« wird auf verschiedene Weise festgestellt. Für »Griechen« aus der ehemaligen UdSSR umfasst die Einbürgerung ein Interview durch ein Spezialgremium, welches verantwortlich für die Feststellung einer »griechischen« Herkunft und eines »griechischen« Bewusstseins ist. Da es keine bestimmten Kriterien für die Ermittlung eines griechischen Bewusstseins gibt, kann das Gremium dieses eher willkürlich anhand der Dokumente der Betroffenen oder auch, wie schon geschehen, durch das Vortanzen griechischer Folkloretänze feststellen.

Für albanische »Griechen« ist das Kriterium des »Griechisch-Sein« schon für die Ausstellung eines Visums und den vorläufigen Aufenthaltsstatus für Griechenland wichtig und wird von den griechischen Konsulaten festgestellt. Im Fall, dass der albanische Bürger in Gebieten mit griechischer Minorität geboren ist oder in seinem albanischen Personalausweis den Verweis auf griechische Nationalität (kombesia greke) hat, gestalten sich die Dinge einfacher. Einfacher wird es auch, wenn der Antragsteller den »Walachen« angehört, einer Bevölkerung, die nach der Auflösung des Osmanischen Reiches und dem Aufkommen der Nationalstaaten jeweils die Nationalität der Staaten annahm, in denen sie sich gerade aufhielt. Trotzdem betrachten die griechischen Konsulate in Albanien die »Walachen« als von griechischer (ethnisch) Herkunft und erleichtern ihnen damit den Zugang zu Visa für Griechenland. Albanische Staatsbürger, die den Walachen zugerechnet werden, versuchen, ihr »Griechischsein« mit Mitgliedsausweisen zur *Vlach Association* in Albanien oder durch das Beherrschen der spezifischen Sprache zu beweisen. Diese als »Walachisch« bezeichnete Sprache ist eine lateinische Sprache, die nahe am Rumänischen ist und keine Verbindung mit dem Griechischen hat.

Diese Widersprüche in der griechischen Migrationspolitik gegenüber den Aussiedlern ist Ausdruck der Absichten und Ziele der griechischen Bevölkerungspolitik. So wurde, obwohl der offizielle Diskurs die Solidarität mit der »leidenden« und vom albanischen Staat »unterdrückten« griechischen Minorität beteuert, nach den Massenimmigrationen der albanischen Minderheit das Verschwinden der griechischen Minorität in Albanien beklagt, die jahrelang ein Schlüsselfaktor für die griechisch-albanischen Beziehungen war. Die Rückkehrpolitik für die ehemaligen sowjetischen Griechen wurde wiederum in den 1970ern installiert, um eine Lösung für den spärlich bevölkerten Norden (besonders Thrace) zu finden. Außerdem sah die damalige Regierungspartei in den Neuankömmlingen das Potential zur Entwicklung neuer Wählernetze.

Die griechische Migrationspolitik schreibt damit einen offensichtlich privilegierten Status für Aussiedler, europäische Bürger und BesitzerInnen eines Flüchtlingsstatus fest. Auf der anderen Seite werden ausländische, nicht-westliche MigrantInnen prekarisiert und als temporäre Arbeitskräfte behandelt. Die Politik gegenüber AussiedlerInnen unterscheidet sich von Fall zu Fall. Generell beruht die griechische Migrationspolitik auf einem expliziten Nationalismus (bevorzugende Politik gegenüber AussiedlerInnen), den Bedürfnissen des Kapitals (billige Arbeitskräfte), internationalen Beziehungen (siehe die Politik gegenüber der griechischen Minderheit in Albanien), internationalen Konventionen (Genfer Flüchtlingskonvention), politischem Klientelismus (MigrantInnen als Wähler) und der Bevölkerungspolitik (Ansiedlung in spärlich bevölkerten Gebieten). ‹›

ANMERKUNG 1 Der Autor benutzt im Englischen den Begriff »co-national migrants« für jene, die als »ethnisch griechisch« bezeichnet werden und von anderen Nationalstaaten nach Griechenland »aussiedeln«. Ich benutze den Begriff Aussiedler. **Übersetzung Jana Seppelt**

AUF DEM SPRUNG IN DEN LANDTAG?

RICHARD GEBHARDT

Die NPD habe ihre Strategie fortgesetzt, sich in der »Mitte der Gesellschaft einzunisten«, sagte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) Mitte Mai bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2007. Grund für Schäubles wiederholten Hinweis auf die Verankerung der extremen Rechten auch außerhalb jugendlicher Subkulturen, ist das anhaltende Bemühen der »nationalen Kräfte«, sich durch Nachhilfeangebote, Arbeitslosenberatung und Nachbarschaftshilfen eine bürgerliche Reputation zu verschaffen. Die modernen Neonazis treten vor Ort längst als »Typus netter Schwiegersohn« (so Winfriede Schreiber vom brandenburgischen Verfassungsschutz) auf und organisieren eine »braune Caritas«, die die Leerstellen ausfüllt, die die Deregulierung des Sozialstaats, behördliche Ignoranz sowie fehlende zivilgesellschaftliche Gegenwehr hinterlassen haben. Mit Erfolg: Bis zu 30 Prozent der Stimmen erhielt die NPD bei den Kommunalwahlen Ende September in den abgehängten Randregionen Brandenburgs.

FASCHISIERUNG DER PROVINZ

Die »Faschisierung der ostdeutschen Provinz« (Toralf Staud) geht nach den Kommunalwahlen in Brandenburg weiter. Der nach offiziellen Angaben 250 Mitglieder starke NPD-Landesverband konnte unter dem Vorsitz des Pressesprechers des Bundesverbands der Nationaldemokraten, Klaus Beier, seine Position ausbauen. Immerhin 101189 Stimmen holte das Bündnis aus NPD und Deutscher Volksunion (DVU) – rund zweieinhalb Mal so viele wie bei den Kommunal-

wahlen 2003! In Prozenten holte die NPD 1,8 Prozent (plus 0,5 Prozent), die DVU stieg auf 1,6 Prozent (plus 0,6). Insgesamt erzielte die NPD knapp 30 kommunale Mandate.

Ausgezahlt hat sich die völkische Aufladung der sozialen Frage. »Sozial geht nur national«, war das Motto des 32. Bundesparteitags der NPD Ende Mai 2008 in Bamberg. Slogans wie diese haben die extreme Rechte auf dem Terrain der neuen Bundesländer hoffähig gemacht. NPD-Generalsekretär Peter Marx bekräftige in seinem Wahlrückblick diesen Kurs: »Nach dem Zusammenbruch weltweit operierender Banken wird immer deutlicher, daß die NPD-Aussage ›sozial geht nur national‹ die richtige Antwort auf die gescheiterte Globalisierung ist.«

Im Land Brandenburg, wo die NPD bei der Bundestagswahl 2005 in mehreren Dörfern bis zu 14 Prozent der Stimmen erreichte (bei 1,6 Prozent der Stimmen bundesweit), soll auch der Boden für eine mögliche Kandidatur für die 2009 stattfindenden Landtagswahlen vorbereitet werden. Allerdings ist die NPD in Brandenburg personell weniger stark verankert als in Mecklenburg-Vorpommern oder im Bundesland Sachsen. Zwar versucht die Partei durch Demonstrationen gegen Stellenabbau in der märkischen Region, die Präsenz bei Volksfesten, Kampagnen gegen Sexualstraftäter sowie die Unterwanderung von Bürgerinitiativen (in der Lausitz arbeiteten Parteikader beispielsweise daran, eine Initiative gegen Braunkohletagebau zu dominieren), ihrem Personal eine regionale Reputation zu verschaffen. Doch die NPD steht in Brandenburg vor allem vor strukturellen Schwierigkeiten.

Das Bundesland ist noch eine »Hochburg« der *Deutschen Volksunion* (DVU), die bei den letzten Landtagswahlen 6,1 Prozent der Stimmen erhielt. Im Rahmen des »Deutschland-Pakts«, der 2005 vollmundig von Gerhard Frey (DVU) und NPD-Chef Udo Voigt mit dem Ziel der Beendigung der wahlpolitischen Konkurrenz verkündet wurde, ist der märkische Raum bis 2009 offiziell erstes Zugriffsgebiet der Briefkastenpartei des Münchner Verlegers Frey. Da die DVU jedoch kaum Präsenz außerhalb des Sitzungssaals zeigt, hat die NPD durch ihre offensive Basisnähe einen strategischen Vorteil. Bei den Kommunalwahlen zeigten sich erste Risse: Die NPD kandidierte in Brandenburg nicht wie vorgesehen flächendeckend mit der DVU für die Kreistage, in Oder-Spree kandidierten beide Parteien sogar gegeneinander.

OUVERTÜRE RECHTER GRABENKÄMPFE

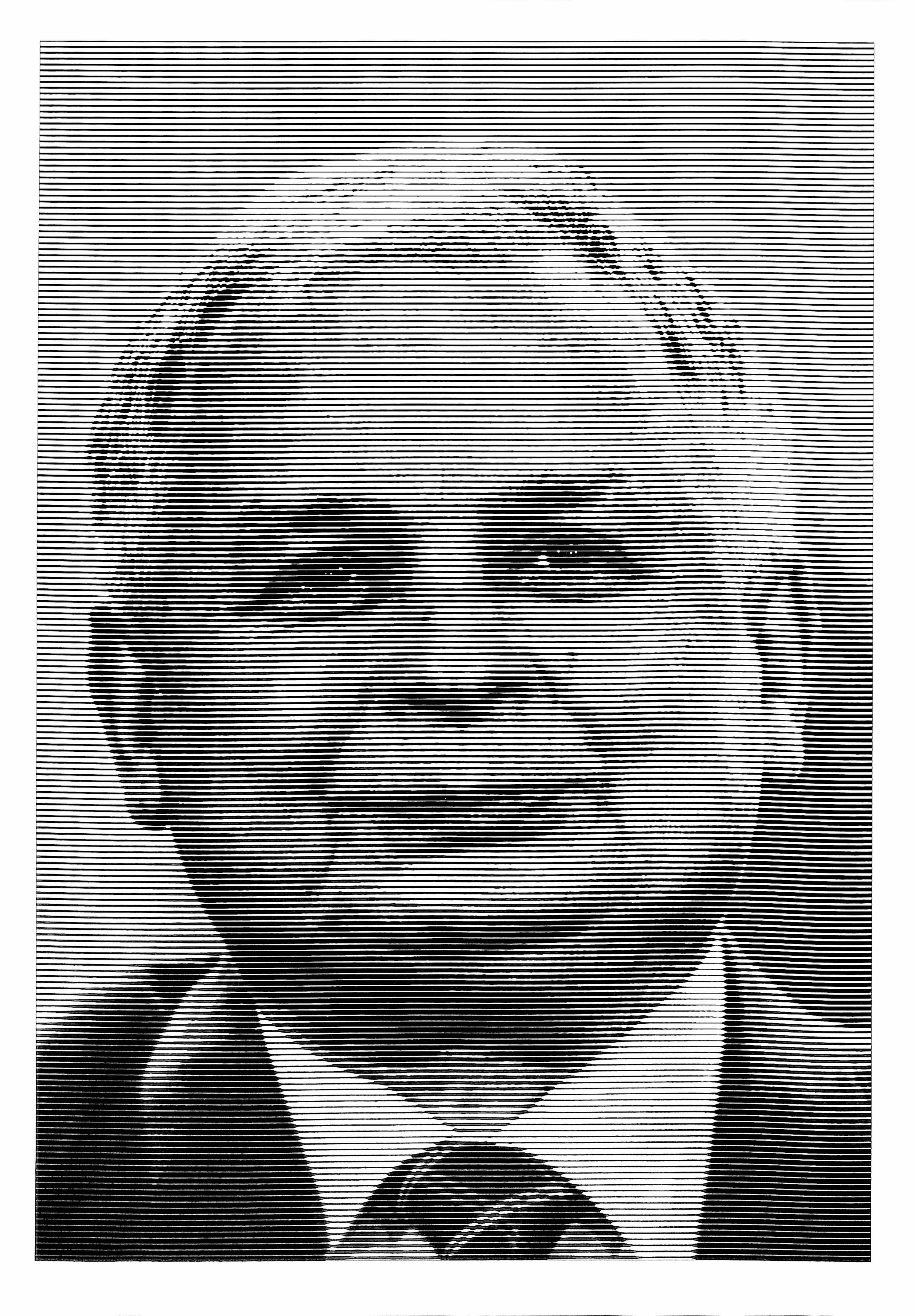
Im »Kampf um den organisierten Willen« wird gegenwärtig ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die »Volksfront von rechts« bleibt nach der Kommunalwahl in Brandenburg umstritten. Vor diesem Hintergrund bleibt der relative Erfolg für die NPD in Brandenburg ambivalent. Die Parteistruktur muss in Brandenburg erst weiter gefestigt werden; akzeptierte und bekannte Multiplikatoren sind auf den Dörfern *noch* zu wenig etabliert. Erst diese aber können das vorhandene Potenzial vollständig aktivieren. Laut einer im Januar veröffentlichten *emnid*-Umfrage könnte die NPD bis zu 4 Prozent der Stimmen erreichen – trotz der Konkurrenz durch die DVU sowie ohne breiten Wahlkampf oder ein Landtagsmandat. Unter männlichen Wählern zwischen 18 und 30 Jahren erreichen die Neonazis sogar fast 15 Prozent. Schlagkräftig im Wortsinne bleibt das in der NPD repräsentierte neonazistische Milieu auch ohne einen fertigen Parteiapparat:

Nach Angaben der *Opferperspektive Brandenburg* stieg die Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund auf 137 Delikte. Der NPD-Vorsitzende Klaus Beier, gegen den unter anderem ein Verfahren gegen Hausfriedensbruch läuft und der wegen Hausfriedensbruch verurteilt wurde, kann in einzelnen Regionen trotzdem als wahrer Hüter von Recht und Ordnung auftreten.

Ein Blick auf das rechte Personal zeigt, wer vor Ort als wählbar gilt. Zu Brandenburgs netten nationalen Schwiegersöhnen gesellt sich zum Beispiel in Guben als gewählter Stadtverordneter der NPD Frank Hübner, der ehemalige Bundesleiter der 1992 wegen rassistischer Gewalttaten verbotenen *Deutschen Alternative* (DA). In Guben, wo 1999 der Algerier Omar Ben Noui nach einer Hetzjagd auf Flüchtlinge tödlich verletzt wurde, erreichte die NPD 4,3 Prozent. Einer der nationaldemokratischen Kandidaten für den Gubener Stadtrat war bei den Kommunalwahlen Alexander Bode, der knapp scheiterte. Bode war einer der Haupttäter der Gubener Menschenjagd. Solange das politische Wirken der NPD in den Problemregionen als Normalzustand durchgeht und die völkische Umdeutung der sozialen Frage als legitim gilt, existiert ein gesellschaftliches Umfeld, aus welchem rechte Wahlparteien ihre Stimmen erhalten können. Dieses Umfeld lässt sich auch durch rassistische Gewalt nicht abschrecken: 9,24 Prozent erhielt die NPD im Stimmbezirk um den Gubener Tatort. Trotz Bodes Kandidatur für den Stadtrat.

Ein Tag ohne Abschiebungen Hervorheben möchten wir einmal ganz ausdrücklich die Arbeit der Bürengruppe Paderborn. Sie unterstützt auch uns hin und wieder mit Beiträgen, so zum Beispiel zum Tag ohne Abschiebung am 30. August.

Leider konnten wir den Artikel »Ein Tag ohne Abschiebung« von Andreas Beisbart nicht mehr in der Druckversion der letzten ZAG 52 aufnehmen, da die Datei auf dem falschen Emailaccount eingegangen ist. Er wurde ein Opfer des Email-Spams, der auch uns täglich erreicht und den Beitrag unter sich begrub. Daher möchten wir auf unsere Internetseite hinweisen, auf der er nun zu seinem Recht kommt und seine LeserInnenschaft sucht: www.zag-berlin.de/antirassismus/archiv/52eintag.html



SCHWERPUNKT HOMOPHOBIE

EINLEITUNG ZAG

Der Einbürgerungstest zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft war lange in der öffentlichen Diskussion präsent. Nicht so sehr wegen der Prüfung selbst, sondern aufgrund seiner Inhalte. Eine der Fragen, die es zu beantworten galt, wurde zur Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen gestellt: »Stellen Sie sich vor, Ihr volljähriger Sohn kommt zu Ihnen und erklärt, er sei homosexuell und möchte gerne mit einem anderen Mann zusammen leben. Wie reagieren Sie?« So *war* die Frage in Baden-Württemberg vorgesehen. Mittlerweile ist sie aus dem Fragebogen gelöscht worden.

Doch bleibt der nun beschlossene bundeseinheitliche Einbürgerungstest immer noch gezielt pädagogisch bei den Fragen was Sitte und Anstand als auch religiöse Überzeugungen betrifft. Bei den Fragen nach der Familie, nach dem Zusammenleben von Mann und Frau oder dem Verhältnis von Eltern und Kindern, wird die Vorstellung der Fragenden vom richtigen Leben deutlich. Und es taucht auch das lesbische Pärchen von nebenan wieder auf: »Welche Lebensform ist in Deutschland nicht erlaubt?« Die Antwort zielt auf Polygamie und selbstverständlich dürfen die beiden Frauen zusammenleben.

Der Einbürgerungstest mutiert unter der Hand zum Test für kulturelle Normierung, insofern stets unterstellt wird, dass so wie es sein soll auch tatsächlich sei. Darüber hinaus kommt dann die eigene kulturelle Prägung der Fragenden mit ins Spiel, wenn Fragen nach Religion, christlichen Festen, Familienwerten und staatstragenden Institutionen gestellt werden. Der Verdacht, der hier nahe liegt, ist, dass diese Fragen allesamt auf einem kulturalistischen Vorurteil beruhen, dem Vorurteil gegenüber den Einbürgerungswilligen, dass sie uns nicht verstehen, nicht verstehen können, da sie von wo anders her kommen. Es sei denn, man bringt ihnen bei, was Toleranz ist und dass in Deutschland Toleranz groß geschrieben wird. Dahinter geht verloren, dass dies zwar orthografisch korrekt, doch gesellschaftlich nicht verwirklicht ist.

Die Frage nach gleichgeschlechtlichen Beziehungen setzt da an, wo das Vorurteil verbreitet ist, dass MigrantInnen, insbesondere MuslimInnen, im Allgemeinen homophob seien und ein traditionelles Rollen- und Familienbild mit sich bringen. Nun wird das Vorurteil zur zivilisatorischen Inquisition, indem es das, was sein soll, durch die Befragten anerkannt werden muss. So wird gleichgeschlechtliche Liebe und Partnerschaft zum Prüfstein von Fortschrittlichkeit und Zivilisiertheit. Diese Anerkennung der Realität von Homosexualität und deren positive Konnotierung aus dem Munde konservativer PolitikerInnen zu hören verwundert. Nahe liegt, dass Homosexualität in diesem Fall dem Zweck dient, neue Ausgrenzungen vorzunehmen, bzw. deren Grenzen zu verschieben.

Durch diese Operation wird die liberale BRD zu einem Hort der Homophilie. Ein Spiel mit Schatten. Die eigene Toleranz wird in den Vordergrund gestellt, die eigene Intoleranz verschwindet dahinter. Nichts darüber, dass es immer noch Thema ist, wenn Menschen in politischen Ämtern schwul oder lesbisch sind, sie also nicht dem konservativen Familienbild von Vater und Mutter entsprechen. Es geht auch um die Vereinnahmung von Schwulen und Lesben – die ja so konservativ sein können, wie sie möchten – in den bürgerlichen Mahlstrom. Leider in einen Mahlstrom unter dem mit rassistischen und nationalistischen Vorurteilen Stimmung gegen MigrantInnen gemacht wird.

Es gibt gute Gründe sich anzubiedern, den kleinen Vorteil sich zu sichern und sich auf die Seite der Mächtigen zu stellen, endlich »dazu gehören« zu dürfen, wie Koray Yilmaz-Günay in seinem Beitrag schreibt. Zu denen nämlich, die zuvor noch meinten, dass Homosexualiät eine menschliche Degeneration sei.

In England ist hierfür der Gründer von *OutRage!*, Peter Tatchell bekannt. Er operiert im Namen der Rechte von Homosexuellen, indem er Muslime ausgrenzt. Muslime seien grundsätzlich homophob, da ihre Religion dies ihnen vorgäbe. Dieses Beispiel mag ein Fall von Geltungsdrang sein, doch pikiert die rassistische Stoßrichtung mancher seiner Statements.[1]

Ähnlich gelagert und problematisch ist die Studie des LSVD *Einstellungen zur Homosexualität bei Jugendlichen mit und*

ohne Migrationshintergrund aus dem Jahr 2006, die behauptet, dass jugendliche MigrantInnen (insbesondere russischer und türkischer Herkunft) in signifikantem Maße homophob seien. Die verbreiteten homophoben Einstellungen unter jugendlichen MigrantInnenkindern verwiesen auf die Bedeutung traditioneller Männlichkeitsnormen und von Religiosität für die Prägung antihomosexueller Einstellungen.[2] Ob dies die beste Erklärung für die Fragestellung ist oder einem Vorurteil aufsitzt, dazu gibt Koray Yilmaz-Günay einige Antworten.

Das antihomosexuelle Einstellungen existieren steht nicht in Frage. Ist diese Gesellschaft doch nicht frei von Homophobie und Rassismus. Bemerkenswert ist die Zuspitzung auf religiös, national oder rassistisch bestimmte Gruppen.

Weshalb sind es gerade Muslime, die hier fast ausschließlich in den Fokus gestellt werden? Es ist vermutlich die Debatte über die gelungene oder mißlungene Integration von MigrantInnen. Besonders perfide ist es aber, in diesem Fall auf Homophobie zu verweisen. Denn eine homophobe Haltung in den Nachfolgestaaten des Osmanischen Reichs wurde erst dominant im Prozess der Kolonialisierung und Modernisierung nach westlichem Vorbild, wie im Beitrag von Georg Klauda anhand türkischer Literatur nachzuvollziehen ist.

In Polen liegen die Probleme ein wenig anders. Ein verbreitetes katholisches und konservatives Klima verhinderte noch lange nach 1990, dass überhaupt eine lesbische Bewegung in die Öffentlichkeit trat. Die Heteronormativität, nationalistisch überhöht im Bild der Frau als Mutter – »Matka Polka«, auf der einen und die Unterdrückung der Frauen auf der anderen Seite, haben für Lesben eine doppelte Diskriminierung zur Folge. Mit dem Ende des Sozialismus in Polen ist es sogar zu einem Rückschlag für die Emanzipation gekommen, wie Magda Wystub berichtet, der es nochmals schwerer machte, öffentliche Strukturen zu entwickeln.

Homophobie hat darüberhinaus ein kulturelles Rückgrat, noch dazu eines, welches unter Jugendlichen populär ist: Hip-Hop und Reggae. »Ich geh mit zehn MGs zum CSD und kämpfe für die Heten, die auf Mädchen stehn«.[3] Hier vereint sich die Grenzüberschreitung mit Marketing und dem Unverständnis über Verhältnisse, die scheinbar mit Provokation angegangen werden könnten. Dabei fallen diese kleingeistigen Liedgutmacher wieder in die Haltung des Mainstreams zurück. Sie verstärken ihn mit ihren Verbalinjurien. Dies ist nicht Rebellion, sondern sexistische, rassistische und homophobe Großmaulerei mit entsprechenden Verdauungsproblemen.

Ragga Stars aus Jamaika mit explizit homophoben und gewaltverherrlichenden Texten auf Tour mussten bereits aufgrund von Protesten Konzerte absagen. Was da so klar in sprechenden Liedzeilen zum Besten gegeben wird, wird von den Fans dennoch verteidigt mit Begründungen, weshalb das ja alles nicht so gemeint sei, bzw. entschuldigt mit der exotischen Kultur. Ein positiver Rassismus, der sich mit sexistischen und homophoben Ansichten abfindet, um das gute Bauchgefühl nicht vermissen zu müssen.

‹›

ANMERKUNGEN 1 Vergleiche ***Queer-Imperialismus*** *Eine Intervention in die Debatte über »muslimische Homophobie«*, Jin Haritaworn, mit Tamsila Tauqir und Esra Erdemm, in: Ha, al-Samarai, Mysorekar (Herausgeber). *Re/Visionen*, Münster: Unrast, Seite 187–206. 2 Internet: www.lsvd.de/334.0.html?&cHash=18aed0213c&tx_ttnews|tt news|=272 3 Internet: www. zuender.zeit.de/kavka_dir/2007/kavka-29-hiphop: Keine Toleranz von G-Hot und Kralle.

ETHNO ODER LIEBER HOMO?

KREUZBERGER NÄCHTE SIND LANG

KORAY YILMAZ-GÜNAY

Ein Übergriff auf sieben Personen, die in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli 2008 das Dragfestival im SO36 verließen, hat bewirkt, was in zahlreichen anderen Fällen ausblieb: neben einer ungeahnt breiten Mobilisierungswirkung zur Spontandemo am Tag nach dem Übergriff begann eine über interessierte Kreise hinaus reichende Debatte über Homo- und Transphobie, die gerade deswegen eine neue Qualität erreichte, weil die Angreifer als Migranten identifiziert wurden. Ohne so artikuliert zu werden, geriet die Demonstration zu einem Testlauf für eine Debatte über Trans- und Homophobie, die nicht in ethnisierenden Kategorien denkt, sondern das Problem als gesellschaftliches Phänomen in den Mittelpunkt stellt.

Bisher war es – in der medialen Wahrnehmung – bürgerlichen Schwulenorganisationen und -projekten vorbehalten, »Homophobie« zu thematisieren, besonders dann, wenn die in aller Regel männlichen Täter einen »islamischen« Hintergrund hatten. Im Rahmen kulturalisierender Argumentationen wurde vor allem seitens des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) mal vor »niederländischen Verhältnissen« gewarnt, mal die Einführung von »Muslimtests« auch in Berlin gefordert. Maneo, das »schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin«, warnt immer wieder davor, dass das hässliche Gesicht der Homophobie nicht vollends sichtbar wird, wenn aus Gründen politischer Korrektheit Migranten als »Täter« nicht so benannt werden dürfen. »Homophobie« wird dabei in aller Regel verstanden als körperliche Gewalt gegen schwule Männer; spezifische Ausprägungen von körperlicher wie auch nicht körperlicher Gewalt gegenüber Lesben und vor allem Transpersonen fallen – akzeptiert man die Kategorien des Mainstream – in niemandes Zuständigkeitsbereich. Dabei häufen sich in letzter Zeit verbale und physische Übergriffe auch gegen Lesben und Transgender. Gerade dort, wo queere Lebensweisen sichtbar sind und ein größerer Teil der Wohnbevölkerung »Migrationshintergrund« hat, gewinnen Vermeidungsstrategien im Bezug auf Verhaltensweisen und Orte an Bedeutung. Was als homo- und transfreundlicher Kiez daher kommt, lässt zumindest zu bestimmten Uhrzeiten oft keinen Platz für bestimmte Individualitäten. Eine emanzipatorische Debatte, die gesellschaftliche Ausschlussmechanismen nicht hierarchisiert, sondern beispielsweise Trans- und Homophobie im (Wechsel-) Verhältnis zu Rassismus analysiert und Grundlagen für eine Bekämpfung legt, steht allerdings noch aus.

Die Untersuchung »Einstellungen zur Homosexualität: Ausprägungen und sozialpsychologische Korrelate bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund« von Bernd Simon versprach in diesem Zusammenhang erste Antworten. Lesben- und schwulenfeindliche Einstellungen bei Jugendlichen.

deren Eltern und Großeltern aus der ehemaligen Sowjetunion beziehungsweise aus der Türkei stammen, wurden darin verglichen. Die Ergebnisse verblüfften für einige Tage vor allem die Medien: MigrantInnen-Jugendliche sind »homophober« als die deutsche Vergleichsgruppe. Zwischen der Herkunft aus der UdSSR und der Herkunft aus der Türkei scheint es – was die Einstellungsebene anbetrifft – keinen Unterschied zu geben. Offensichtlich sind politische, soziale, kulturelle und religiöse Unterschiede in der Sozialisation keine Faktoren, die sich – im Ergebnis – unterschiedlich auswirken. Leider geht die Studie dieser Frage nicht nach. Die Erfahrungen als Deklassierte und Diskriminierte werden angesprochen, ihre Wirkung allerdings nicht interpretiert. Was das Bekenntnis zur Religiosität angeht und die Bedeutung der Familie, die beide offensichtlich eine besondere Rolle im Identitätsfindungsprozess in der Migration spielen, bereitet die Untersuchung zwar auf. Wie der Zusammenhang mit Lesben- und Schwulenfeindlichkeit aussieht, bleibt dagegen bedauerlicher Weise im Dunkeln.

Vollkommen gleichgültig hingegen scheinen dem Team um Bernd Simon soziale, ökonomische und aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen gewesen zu sein. Der systematische Ausschluss von Bildung, der dank Pisa sogar bei konservativsten PolitikerInnen als Erkenntnis angekommen ist; das Gesetz der Nachrangigkeit auf dem Arbeitsmarkt; Risiken, was Armut und Gesundheit angeht – alles keine Themen, die im Bezug auf Menschenfeindlichkeit eine Rolle spielen.

Interessant für die ForscherInnen sind offensichtlich – wenig überraschend angesichts des Auftraggebers LSVD – kulturell-religiöse Bezüge vor allem der türkischen jugendlichen Befragtengruppe. Ungleich der christlichen Jugendlichen mit Wurzeln in der ehemaligen UdSSR wird hier auf die homophoben Tendenzen abgehoben, obwohl die Unterschiede im Bezug auf die Bedeutung der Religion kaum Unterschiede aufweisen. Der Studie immanent ist auch die Ignoranz gegenüber der eigens konstatierten Kumulation von Diskriminierungserfahrungen und dem Mangel an Kontakten zu Lesben und Schwulen. Würden die AutorInnen der eigenen Hypothese folgen, müsste die Homosexuellenfeindlichkeit bei türkeistämmigen Jugendlichen deutlich höher ausfallen, da bei türkischen Jugendlichen sowohl der Bezug zur Religion größer als auch die Diskriminierungserfahrungen häufiger und der Kontakt zu Homosexuellen geringer sind.

Am meisten verwundert bei der Betrachtung der Ergebnisse allerdings der Umstand, dass der Kategorie »Geschlecht« so wenig Bedeutung geschenkt wird. Vermeintlich werden Männlichkeitskonstruktionen betrachtet, die Konstruktion von Weiblichkeit(en) bleibt allerdings außen vor. Der Verdacht liegt nahe, dass genderspezifische Aspekte vor allem dann von Interesse sind, wenn sich damit der ohnehin vorhandene Verdacht einer besonderen Hypermaskulinität belegen lässt. Dem vollkommenen Außerachtlassen von Geschlechterverhältnissen mag es dann auch geschuldet sein, dass die zum Teil immens hohen Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Befragten nicht zum Gegenstand der Analyse werden. Es sind offensichtlich »Ethnizität« und »Islam«, die hier untersucht werden sollen – zum Teil gegen die eigenen Vorausannahmen und Ergebnisse. Festzuhalten bleibt, dass das Erkenntnisinteresse der Erhebenden ein ums andere Mal offensichtlich die Ergebnisse vorformuliert hat. Damit ist die Chance vertan worden, eine wichtige empirische Lücke zu schließen. In der Debatte über das Verhältnis zwischen (heterosexuellen) MigrantInnen und (deutschen) Schwulen sind wir weiterhin darauf angewiesen, von Mutmaßungen auszugehen, die von kulturalistischen Vorausannahmen geprägt sind – und von dem Bestreben von schwulen Männern, auf Kosten von Frauen, Transpersonen und MigrantInnen endlich »dazu gehören« zu dürfen. Es ist auch in, mit und nach dieser Untersuchung nicht möglich, sich von starren »Opfer«- und »Täter«-Zuschreibungen zu lösen, das komplizierte und komplexe Geflecht von eigener Ausgrenzung und der Ausgrenzung von anderen im Kontext zu denken. Was übrig bleibt, ist ein fahler Geschmack, der vor allem lesbischen Migrantinnen und schwulen Migranten das Signal gibt, dass sie sich entscheiden müssen, ob sie lieber über Rassismus oder über Homophobie sprechen wollen. Offensichtlich ist in dieser Gesellschaft noch nicht die Zeit gekommen, die Bedingtheiten zwischen beiden Phänomenen zu denken. ○

DIE HOMOPHOBIE DER ANDEREN

EUROPA UND DIE ISLAMISCHE WELT

GEORG KLAUDA

Die globale Debatte um Homophobie ist in jüngster Zeit von einer auffälligen Tendenz zur Kulturalisierung des Anderen geprägt. Obwohl die Ära der Schwulenverfolgung in westeuropäischen Nationen selbst nur wenige Jahrzehnte zurückliegt, erscheinen Meldungen über staatlichen Terror gegen Lesben und Schwule heute wie Nachrichten von einem anderen Stern. Internationale Disparitäten, die sich in der Gegenwart herausgebildet haben, werden dabei nicht als aktuelle gesellschaftliche Tendenzen wahrgenommen, sondern im Begriff der »Kultur« enthistorisiert und essenzialisiert. Beispielhaft steht dafür die Diskussion über »muslimische Homophobie«.

Um diese als Gegenstand zu konstruieren, musste eifrig verdrängt werden, dass sich noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts zahlreiche homosexuelle Schriftsteller und Aktivisten – wie etwa Ferdinand Karsch-Haack in den 1920er Jahren – auf die arabische Belletristik bezogen, um die von ihnen schmerzlich empfundene Heteronormativität der europäischen »Kultur« als Herrschaftsverhältnis anzuklagen und ihrer historischen Konstruiertheit zu überführen. Tatsächlich bilden gleichgeschlechtliche Liebesgedichte in der klassischen arabischen, türkischen und persischen Literatur kein »Minderheitenphänomen«, sondern das Gros der gesamten Lyrik vom 10. bis zum 19. Jahrhundert. Die Adressierung eines männlichen Geliebten ist die Standardwährung dieser Poesie, gleichgültig ob religiös oder säkular im Ton. Dagegen fehlt, wie Karsch-Haack vorwurfsvoll betonte, im christlichen Europa »zu einer Geschichte der homoerotischen Volkslyrik [...] jegliches Material«. Sie sei »so gut wie gar nicht vorhanden«.[1]

Was Karsch-Haack allerdings nicht sah, war die Tatsache, dass die von ihm herbeigerufene »andere« Tradition im Osmanischen Reich und seinen Nachfolgestaaten längst im Begriff war, von Staat und Eliten abgewickelt und zensiert zu werden. Solche zeitgenössischen Entwicklungen wurden im orientalistischen Diskurs nicht wahrgenommen, weil sie der gängigen Interpretation der »islamischen Welt« als geschichtslosem Anderen widersprachen. Noch in den 1990er Jahren wurden »muslimische Homosexualitäten« daher von westlichen Orientwissenschaftlern wie Arno Schmitt und Bruce Dunne als ein ethnologisches Objekt behandelt, bei dessen Betrachtung man von den Veränderungen der letzten 150 Jahre einfach abstrahieren dürfe. Gegen dieses hegemoniale Deutungsmuster konnte sich überhaupt erst in den letzten drei Jahren eine Gruppe von Forschern arabischer und israelischer Herkunft durchsetzen – namentlich Khaled El-Rouayheb, Joseph Massad und Dror Ze'evi –, die ihr Publikum auf das vom Orientalismus Verdrängte und zugleich doch Alleroffensichtlichste hinwiesen: den homophoben Bruch muslimischer Gesellschaften mit ihrer eigenen Vergangenheit, der sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter der epistemischen Hegemonie des Westens ereignet hatte.

Im krassen Gegensatz dazu wird in Deutschland noch immer alles, was mit Muslimen zu tun hat, aus einer scheinbar unveränderlichen »Tradition« extrapoliert – und zwar selbst im Hinblick auf die Lebenswirklichkeit hier geborener und aufgewachsener Jugendlicher mit »Migrationshintergrund«. So stellt etwa der Pädagogikprofessor Ahmet Toprak in der linken Wochenzeitung Jungle World für die »straffälligen arabischen, türkischen und albanischen Jugendlichen« aus seiner sozialpädagogischen Praxis die folgende simple Diagnose: »Homosexualität widerspricht dem traditionell-patriarchalischen Männlichkeitsbild« – was aus seiner Sicht erkläre, »warum Homophobie unter türkeistämmigen Jugendlichen besonders ausgeprägt« sei.[2] Schon das in dieser Debatte immer wieder bemühte Attribut des »Besonderen« impliziert, dass die Homophobie der deutschen Mehrheitsgesellschaft im Unterschied dazu »normal«, akzeptabel und nicht weiter erklärenswert sei. Selbst wenn man das akzeptieren könnte – und sogar wenn man die deklassierte Männlichkeit der von Toprak betreuten Halbstarken wirklich als »traditionell« bezeichnet dürfte: Der von ihm postulierte Widerspruch zur »Homosexualität« hat mit der spezifischen Maskulinität dieser Jungen so gut wie nichts, mit der biopolitischen Konstruktion gleichgeschlechtlicher Liebe in der modernen Normalisierungsgesellschaft dagegen alles zu tun hat. Doch genau davon will Toprak nicht reden. Als Sozialpädagoge sieht er seine berufliche Aufgabe in der gesellschaftlichen Kontrolle devianter »Problemgruppen«. Die Normen der Mehrheitsgesellschaft bleiben dabei unbefragt.

DAS BUCH DER SCHÖNEN

Ausgehend von verschiedenen Quellen möchte ich zeigen, wie unsinnig es ist, Homophobie archaisierend aus patriarchalen Traditionen abzuleiten. Ich habe dafür das Manuskript *Hubannâme* (Das Buch der Schönen) des 1810 verstorbenen türkischen Dichters Enderunlu Fazıl ausgewählt, weil es in amüsanter Weise zeigt, wie wenig sich die Osmanen bis zum 19. Jahrhundert überhaupt bewusst waren, für wie verabscheuungswürdig man im christlichen Europa die unter Muslimen so verbreitete Lust zwischen männlichen Personen hielt. In seinem Buch gibt Fazıl vor, die exotistische Neugier eines geliebten Freundes zu befriedigen, der ihm die Frage stellte, in welchem Land die jungen Männer die besten seien und welche von ihnen die meisten Liebhaber hätten: »Schreib über sie und lass ihre Schönheit illustrieren!« Dabei wendet er sich zunächst den verschiedenen Nationen des Osmanischen Reiches zu und entdeckt in den Griechen das Maß aller Dinge: »Sowohl die Männer als auch die Frauen sind von bezaubernder Schönheit. [...] O Allah, was für ein Augenschmaus, was für ein bedeutungsschwerer Blick. Dieser Elfenbein-Hals und dieses rabenschwarze Haar machen es unmöglich zu widerstehen. [...] Es gibt keinen Flaum Haar selbst auf dem Gesicht des ältesten Jugendlichen. Sie laufen wie Kurtisanen und sie können bei ihrer Arbeit in den Schenken von Galata die besten Männer verführen. Du verlierst den Verstand, wenn seine Locken auf seine Wangen fallen, und wenn er nachgibt, kann es sein, dass du vor Laszivität stirbst.«[3]

Etwas nüchterner fällt dagegen Fazıls Urteil über die Holländer aus, deren geradezu sprichwörtliche calvinistische Strenge offenbar auch ihm zu Ohren gekommen war: »Mit ihrer frostigen Haut sind sie weit davon entfernt, attraktiv zu sein, und sehen aus wie crèmefarbene Russen. Sie verbringen ihre meiste Zeit in der Kirche anstatt mit Liebhabern.«[4]

Fazıl konnte freilich nicht ahnen, dass sich in den aufgeklärten Nationen Westeuropas längst eine von der Gesellschaft abgespaltene und vom Staat verfolgte »schwule« Subkultur herausgebildet hatte, deren Mitglieder – just als er diese unbeschwerten Zeilen schrieb – zu Hunderten am Pranger ausgestellt, lebenslänglich in ein finsteres Loch gesperrt, am Galgen gehängt oder in einem Fass ertränkt wurden. Dies völlig missachtend, gibt Fazıl hahnenstolz vor, die sexuellen Vorzüge und Nachteile englischer Männer aus eigener Erfahrung bilanzieren zu können.

»Britische Rosen: Sie sind ruhige, aber sehr begehrte Schönheiten, die deinen Verstand durcheinander bringen. Sie leben auf einer stillen Insel. Diese jungen Männer, die von Geburt bartlos sind, haben mittlere Größe und sind so weiß wie die weißesten Seerosen in einem Bach. Die meisten dieser fischgleichen Männer sind Seeleute und haben einen ausgeprägten sexuellen Apparat; trotzdem kann ich nicht sagen, dass sie große Befriedigung gewähren.«[5]

MIT DEN AUGEN DES WESTENS

Erst in den Jahren nach Fazıls Tod, als Napoleons Armeen in Ägypten einmarschierten, wurden sich die Osmanen allmählich bewusst, wie sehr sie für ihre – in den Augen des Westens: »widernatürlichen« – Neigungen von den Europäern verachtet wurden. Der Al-Azhar-Scheich Rifā'a al-Tahtāwī, der sich im Auftrag seines Vizekönigs Muhammad 'Ali Pascha zwischen 1826 und 1831 fünf Jahre in Paris aufhielt, um die Wissenschaft und Lebensweise der Franzosen zu studieren, teilte seinem arabischen Publikum kurze Zeit später mit, es gelte »im Französischen als unschicklich, als Mann zu sagen ›Ich liebte einen Knaben‹. Das würde als widerlich und anzüglich empfunden. Wenn daher jemand eines unserer Bücher übersetzt, so ändert er die Worte und sagt bei der Übersetzung dieses Satzes etwa ›Ich liebte ein Mädchen‹ – oder ›ein Wesen‹, um darum herumzukommen.«[6]

Allmählich erkannten auch die Europäer, dass sie mit ihren moralischen Diskursen über das »widernatürliche Laster« und seine pathologische Verbreitung unter den Arabern, Persern und Türken zumindest auf die osmanische Oberschicht einen nachhaltigen Einfluss ausübten – zwar nicht unbedingt in dem Sinne, dass dieses Werturteil sogleich vollen Anklang fand, aber doch so, dass die Höfe 'Ali Paschas und Sultan Abdülmecids ihre gleichgeschlechtlichen Praktiken – in den Worten Richard F. Burtons – vor »den Augen spottender Fremder«[7] zu verbergen und öffentlich zu leugnen begannen.

Der 1895 verstorbene osmanische Reformführer, Historiker und Jurist Ahmed Cevdet Paça bestätigte diese Beobachtung und datierte sie rückwirkend auf die Zeit nach dem Krimkrieg. In den späten 1850er Jahren habe sich die gesellschaftliche Moral dahingehend gewandelt, dass die »wohlbekannte Liebe zu und Beziehungen mit den jungen Männern Istanbuls seitdem auf junge Frauen als der natürlichen Ordnung der Dinge übertragen wurden«.[8] Gleichwohl waren es erst die türkischen und arabischen Befreiungsnationalisten, die aus der Scham und dem betretenen Schweigen der alten Eliten eine politische Frontalattacke auf die Verkommenheit und Dekadenz des zerfallenden Osmanischen Reiches machten. So hieß es 1925 in einem ägyptischen Schulbuch für die höhere Erziehung, dass die klassische Liebesdichtung an junge Männer »ein Verbrechen gegen die Literatur und eine Schande für die Geschichte der arabischen Poesie«[9] sei.

In den 1940er und 50er Jahren etablierten sich schließlich die wissenschaftlichen Begriffe *cinsel sapıklık* im Türkischen und *schudūd dschinsī* im Arabischen, vermutlich als Lehnübersetzungen von *sexual deviance* – eines psychiatrischen Terminus, der in den USA bis 1990 das regierungsoffizielle, in den Einwanderungsfragebögen verwendete Synonym für »Homosexualität« darstellte. *schādd* bedeutet dabei so viel wie »unregelmäßig«, »abweichend«, »abnorm«, während dschins (von griechisch *genos*) das neue europäische Konzept des »Sexes« aufzufangen versuchte.[10] Die biopolitische Rekonstitution gleichgeschlechtlicher Liebe als »sexuelle Anormalität« führte dabei zu einer umfassenden Ausgrenzung des Themas auf sozialer, kultureller und intellektueller Ebene. Ein charakteristisches Beispiel dafür ist das 1968 erschienene Werk *Divan şiirinde sapık sevgi* (»Perverse Liebe in der Diwan-Dichtung«) des Journalisten İsmet Zeki Eyüboğlu – eines der ersten und vorerst leider auch letzten Bücher, die sich in türkischer Sprache mit diesem pikanten kulturhistorischen Topos befassten. Es plädierte dafür, die osmanische Lyrik wegen ihres »abartigen« Charakters nicht als essenziellen Bestandteil des nationalen Literaturkanons zu betrachten und ihr einen geachteten Platz im Schulunterricht zu versagen.[11]

Es sind diese aus Europa angestoßenen homophoben Modernisierungsprozesse, die durch den Rekurs auf »traditionell-patriarchalische Männlichkeitsbilder« immer wieder unsichtbar gemacht werden. Verheerend daran ist nicht, dass Maskulinität als soziale Praxis kritisch hinterfragt wird. Verheerend ist vielmehr, dass auf die Frage nach den Ursachen von Homophobie bewusst archaisierende Antworten gegeben werden, um das erstmals von der Schwulenbewegung aufgeworfene Problem der heteronormativen Verfasstheit moderner Gegenwartsgesellschaften politisch aus der Schusslinie zu nehmen und in einer kulturrassistischen Verschiebungsleistung auf die patriarchalen Traditionen der »Migranten« abzuwälzen. Dabei passiert es schon einmal, dass dem »Anderen« ausgerechnet das als Differenzmerkmal eingeschrieben wird, was ihn seit der großen imperialistischen Expansion des 19. Jahrhunderts mit der europäischen Episteme verbindet. ‹›

ANMERKUNGEN 1 ***Die Rolle der Homoerotik im Arabertum*** *Gesammelte Aufsätze 1921–1926* Ferdinand Karsch-Haack, herausgegeben von Sabine Schmidtke, Männerschwarm, Hamburg 2005, ***Homoerotik in Christentum und Islam*** [Uranos 1, 1921/22], 9. 2 ***Schwach werden.*** *Das Männlichkeitsbild türkischer Jugendlicher* Ahmet Toprak In: Jungle World 26/2008. 3 Zitiert nach ***Sexual Life in Ottoman Society***, Sema Nilgün Erdoğan, (Dönence: Istanbul, 2001), 78. 4 Zitiert ebenda, 80. 5 Zitiert ebenda, 81. 6 ***Ein Muslim entdeckt Europa*** *Bericht über seinen Aufenthalt in Paris 1826–183*, Rifā'a al-Tahtāwī, übersetzt von Karl Stowasser (München: Beck, 1988), 79. 7 ***The Book of The Thousand and a Night***, Richard F. Burton, Band 10 (London: Burton Club, 1886), »Terminal Essay«, 225. 8 Zitiert nach ***Producing Desire*** *Changing Sexual Discourse in the Ottoman Middle East, 1500–1900*, Dror Ze'evi, (Berkeley: University of California Press), 164. 9 Zitiert nach ***Before Homosexuality in the Arab-Islamic World, 1500–1800***, Khaled El-Rouayheb, (Chicago: University of Chicago Press, 2005), 158. 10 Vergleiche ***Desiring Arabs***, Joseph A. Massad (Chicago: University of Chicago Press, 2007), 171f. 11 Vergleiche ***The Age of Beloveds*** *Love and the Beloved in Early-Modern Ottoman and European Culture and Society* Walter G. Andrews und Mehmet Kalpaklı, (Durham: Duke University Press, 2005), 18.

Georg Klauda ist Autor des gerade erschienenen Buches ***Die Vertreibung aus dem Serail: Europa und die Heteronormalisierung der islamischen Welt*** Männerschwarm Skript, 170 Seiten, EUR 16,00

LESBEN IN POLEN
HOMOPHOBIE UND WIDERSTAND

MAGDA WYSTUB

Lesbisch lebende Frauen in Polen sind wie überall auf der Welt auf doppelte Weise mit Diskriminierung konfrontiert: aufgrund ihres Geschlechts und der dazugehörigen Rollenzuschreibung, sowie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und dem dazugehörigen Stigma der Abnormalität. Diese Diskriminierung äußert sich in einer patriarchalen Gesellschaft nicht zuletzt im Ausschluss aus dem kollektiven gesellschaftlichen Bewusstsein. Auch in den aktuellen öffentlichen Diskursen, wie zum Beispiel in der seit einigen Jahren in Polen geführten Debatte um die Rechte sexueller Minderheiten, geht es in der Regel ausschließlich um Schwule. Lesben kommen so gut wie nicht vor, geschweige denn selbst zu Wort. Lesbisch lebende Frauen in Polen und ihre aktuellen Kämpfe sichtbar zu machen, ist also eine erste Aufgabe.

Polen befindet sich inmitten eines Prozesses, der gemeinhin als Transformation bezeichnet wird. In dieser Zeit gesellschaftlicher Umbrüche und sozialer Krisen ringen ultrarechte Kräfte um die Verteidigung erzkonservativer Werte, die sie von den westeuropäischen Ländern bedroht sehen. Sie berufen sich dabei auf vorhandene patriotische Einstellungen und bemühen sich, ein nationalistisch gesinntes Kollektiv herzustellen, aus dem alles nonkonforme ausgeschlossen wird. Homosexuelle symbolisieren in dieser Weltanschauung die Degenerierung der atheistischen westlichen Welt und stehen somit stellvertretend für alle Andersdenkenden. Homophobie stellt insofern nur einen Kristallisationspunkt dar, an dem sich der Hass auf alle, die von der rechtskonservativen, fundamentalistisch-katholischen Norm abweichen, manifestiert.

Im Herbst 2005 reihte sich Polen in die Gruppe der rechtspopulistisch regierten Länder Europas ein. Die rechten Parteien erreichten bei den vorletzten Wahlen die Menschen mit Slogans, die in Zeiten sozialer Unsicherheit an nationalen Zusammenhalt, traditionelle Werte und Religiösität appellierten. Schon Jahre zuvor waren aus dem späteren Regierungslager katholisch-fundamentalistische Vorstellungen und anderes von der Rolle der Frau zu vernehmen. Doch während noch im Jahr 1991

der damalige stellvertretende Gesundheitsminister Kazimierz Kapera aufgrund seiner öffentlich geäußerten Gleichsetzung von Homosexualität mit Perversion von seinem Amt zurücktreten musste, konnte Lech Kaczynski, obwohl er schon als Warschaus Bürgermeister mit einer kristallklaren homophoben Aura glänzte, unbehelligt zum Präsidenten aufsteigen. Die linken Parteien beteiligten sich in den letzten Jahren zwar nicht an der offen homophoben Hetze, doch hielten und halten sie sich stark zurück, dieser ernsthaft entgegen zutreten. Ähnliches gilt für die bürgerlichen Medien und die bei den vorgezogenen Wahlen im Herbst 2007 gewählte aktuelle Regierung. Bis dato gibt es in Polen keine etablierte linksliberale Presselandschaft. Auch sich selbst als linksliberal bezeichnende Zeitungen wie die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* vergreifen sich gelegentlich im Tonfall oder vermeiden klare Positionierungen, wenn es um gesellschaftlich brisante Themen wie Homosexualität geht.

Unübersehbar ist der große Einfluss der katholischen Kirche, die sich wie wohl in kaum einem anderen europäischen Land in tagespolitische Angelegenheiten einmischt. Seit Jahrhunderten wird in Polen nationale Identität nahezu untrennbar mit Katholizismus verbunden. Homosexualität wird von der polnischen Kirche als Sünde begriffen. Es handelt sich um seltene und bemerkenswerte Ausnahmen, wenn sich doch mal ein Geistlicher für die Rechte von Homosexuellen ausspricht. Antisemitische Hetze, homophobe Propaganda und ein extrem konservatives Frauenbild findet seit Jahren mittels Kirchenpredigten und dem katholisch-fundamentalistischen Radio *Maryja*, sowie durch umfangreiche Stellungnahmen von Kirchenvertretern in bürgerlichen Medien Eingang in gesellschaftliche Diskurse. Die katholische Kirche fungiert zwar in Polen als eine Art Wächter über nationale Werte und nationale Identität. Nichtsdestotrotz wäre es vereinfacht zu behaupten, die Kirche hätte eine hegemoniale Stellung in Bezug auf die nationale Identitätsbildung. Vielmehr handelt es sich, wie es die Feministin Agnieszka Graff formuliert, um »eine Instrumentalisierung von Religion durch einen immer stärker werdenden aggressiven Nationalismus«.

GESELLSCHAFTLICHES KLIMA

Homophobie ist nicht »nur« alltäglicher Bestandteil der kirchlichen und politischen Agenda, sondern findet ihre traurige Entsprechung in breiten Teilen der polnischen Gesellschaft. So sprachen sich nach einer jüngst von der *Gazeta Wyborcza* in Auftrag gegebenen Umfrage ganze 83 Prozent der erwachsenen Befragten dagegen aus, dass ihr Kind eine(n) gleichgeschlechtliche(n) PartnerIn ehelicht (Nebenbei bemerkt ist auch Antiziganismus und Antisemitismus stark verbreitet: 51 Prozent waren gegen Roma und 29 Prozent gegen Juden beziehungsweise Jüdinnen als mögliche EhepartnerInnen ihres Kindes.)

Nahezu jede Demo beziehungsweise Parade, an der Lesben und Schwule in Polen teilnehmen, ruft ein quasi gesamtgesellschaftliches Unbehagen hervor und wird stets mit dem Vorwurf konfrontiert, anderen die eigene Sexualität aufzuzwängen. Dies überrascht umso weniger, wenn man sich vor Augen hält, dass der Bereich der Sexualität in Polen nach wie vor äußerst tabuisiert und moralisch belastet ist. Staatlich geförderte Sexualaufklärungskampagnen gibt es nicht, dafür aber eine steigende Anzahl von Schwangerschaften unter minderjährigen Mädchen – doch gibt es auch darüber leider keine adäquate Auseinandersetzung.

Was bedeutet nun all dies für lesbisch lebende Frauen in Polen? Warum gelingt es ihnen viel weniger als Schwulen, in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden? Ähnlich wie in anderen ehemaligen Ostblockländern, scheinen sich viele Frauen, und dies trifft auch und gerade auf junge Frauen zu, auf absurde Art und Weise von den bisherigen geschlechtlichen Rollenerwartungen des Realsozialismus emanzipieren zu müssen. Statt die Doppelbelastung, Beruf und Kinder, bei gleichzeitiger Verteidigung der vor 1989 errungenen Privilegien (zum Beispiel gleichberechtigter Zugang zum Berufsleben allgemein und zu technischen oder naturwissenschaftlichen Berufen insbesondere) zu problematisieren, scheint das Motto eher zu heißen »Hurra, endlich können wir wieder zurück an den Herd!«, zurück zur traditionell verstandenen, heteronormativen Weiblichkeit.

Das konservative Frauenbild von der *Matka Polka* (Mutter Polin) wird seit der Wende von Kirche und rechten Parteien massiv verbreitet. Dieses Bild, die Frau als Hüterin traditioneller Werte und verantwortlich für den Zusammenhalt von Familie und Nation, entstand vor dem Hintergrund der polnischen Teilungen und der damit verbundenen Entwicklung einer katholisch-nationalen Identität. Die weibliche Sozialisation, die Passivität und mangelndes Selbstvertrauen fördert, tut hier ihr übriges. Der Schritt, sich zu outen, wird von Lesben scheinbar weitaus weniger häufig gewagt als von Schwulen. Dies mag auch eine, aber nicht die einzige Erklärung dafür sein, dass Lesben über Jahre hinweg auch innerhalb der LesbianGayBi-Trans-Bewegung (LGBT) unterrepräsentiert waren. Da mit öffentlichen Auftritten und Aktivitäten in schwul-lesbischen Organisationen meistens auch das öffentliche Outing einhergeht, sind und waren Aktivitäten der Homoszene und infolgedessen auch deren öffentliche Wahrnehmung durchweg von Schwulen dominiert.

Ein weiterer Grund ist, dass in einer patriarchalen Umgebung auch manch Schwuler frauenverachtende Einstellungen verinnerlicht hat und ein ähnlich sexistisches Verhalten an den Tag legt, wie der mehrheitliche Rest der heterosexuellen Gesellschaft. Ein Phänomen, das auch und nicht nur in den Anfängen der schwul-lesbischen Bewegung und nahezu weltweit zu finden ist.

FEHLENDE INFRASTRUKTUR

Homophobe Anfeindungen sind auch in westeuropäischen Ländern leider immer noch keine Ausnahme. Doch haben sich wenigstens in vielen westeuropäischen oder nordamerikanischen Ländern Nischen innerhalb der heteronormativen Strukturen der Mehrheitsgesellschaft herausgebildet, ja, sogar eine Art Lesben- bzw. Homometropolen, wie zum Beispiel San Francisco, Bologna oder hierzulande eben Berlin-Kreuzberg oder Köln. Aufgrund dieser inzwischen etablierten lesbisch-schwulen Kultur- und Politszenen und der dazugehörigen Infrastruktur (wie Clubs, Politgruppen oder auch Sportvereine) lässt es sich als Lesbe ganz gut leben. Derartige Rückzugsräume existieren in Polen jedoch auch in größeren Städten kaum bis gar nicht; geschweige denn sind sie in der Provinz zu finden. LGBT-Organisationen, Verbände oder andere Institutionen emanzipatorischer Bewegungen sind in Polen recht jung, haben häufig mit finanziellen Problemen zu kämpfen und etablieren sich erst allmählich in der postsozialistischen Gesellschaftsordnung. Subkulturelle, selbstverwaltete Treffpunkte sind rar gesät, eine breitere HausbesetzerInnenbewegung hat sich in Polen nicht entwickelt, nur vereinzelt sind, zumeist in größeren Städten, besetzte Häuser oder Zentren zu finden. Und nicht selten ist mensch auch hier mit heterosexistischen oder homophoben Anspielungen konfrontiert.

Die Möglichkeiten für Lesben, an Räumlichkeiten zu kommen, sind daher zumeist darauf beschränkt, aufwendige Organisati-

onsgründungs-Prozeduren zu durchlaufen oder in bereits etablierten NGOs, Stiftungen et cetera zusammenzukommen. Was kommerzielle Bars, Klubs oder Galerien anbetrifft, so scheiterten die wenigen Versuche nicht zuletzt auch an materiellen Fragen. Zahlreiche Aktivitäten, wie die Herausgabe von Zeitschriften oder die Anreise zu polenweiten oder internationalen Treffen sind mit Ausgaben verbunden, die sich viele Frauen nicht leisten können. Die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt, von der in Polen Lesben noch stärker als Frauen betroffen sind, vermindert somit die Handlungsspielräume für eine effektive Organisierung.
Innerhalb des polnischen Feminismus wurde das Verhältnis zu lesbischer Homosexualität nie öffentlich diskutiert. Die polnische Frauenbewegung erstarkte vor allem nach der Einführung des Abtreibungsverbots im Jahr 1993 und konzentrierte sich stark auf diese Problematik – ein Thema, das an der Lebensrealität von Lesben vorbeigeht. Umgekehrt bedeutet eine lesbische Lebensweise nicht automatisch ein feministisches Bewusstsein, weswegen die Berührungspunkte mit der Schwulenbewegung, trotz der Ignoranz vieler Schwuler gegenüber frauenspezifischen Forderungen, für viele Aktivistinnen naheliegender waren.

RÜCKZUG INS PRIVATE

Das allgemeine homophobe gesellschaftliche Klima schafft eine Atmosphäre, in der die Angst vor dem Erkanntwerden und als Folge dessen, vor psychischer und physischer Gewalt überwiegt. In der Konsequenz führt dies dazu, dass sich Lesben auch in langjährigen Partnerschaften nach außen hin als Schwestern, Cousinen et cetera ausgeben oder, weil sie diese Situation nicht mehr ertragen, in den Westen emigrieren.
Viele Lesben ziehen sich, falls ihnen dies gelingt, deshalb in das private Glück zu zweit zurück. Anna Gruszczynska, eine Aktivistin, die die mangelnde Präsenz von Lesben im öffentlichen Leben seit langem und hartnäckig bemängelt, fasst dies wie folgt zusammen: »Wenn jedoch, wie es scheint, Schweigen und das Einverständnis zum Ausschluss die beliebtesten Durchhaltestrategien sind, mit wem soll sich dann eine Lesbe identifizieren, wenn es gar keine Lesben gibt? Andererseits sind Lesben aufgrund ihrer Nicht-Existenz zur Isolation verurteilt, die, zumindest teilweise, über das Eingehen von Liebesbeziehungen durchbrochen werden kann. [...] Gewiss, ich mäkele herum, aber zu zweit fällt es schwer, eine Revolution zu organisieren, und noch schwerer ist es alleine. [...] Ich warte auf die Massen, die gegen dieses Absurdum unterstützend aktiv werden, gegen die Tatsache, dass wir in einem Land leben, in dem keine Lesben existieren, ganz zu schweigen von lesbischen Aktivistinnen.« (Anna Gruszczynska: *W poszukiwaniu lesbijek.* [Auf der Suche nach Lesben].)
Seit ungefähr Mitte der 1990er Jahre begann sich die oben beschriebene Situation der Nicht-Präsenz von Lesben allmählich zu verändern. Im Jahr 1995 traten das erste Mal in der Geschichte des polnischen Fernsehens Lesben in einer Talkshow auf. Dann wurde es wieder eine Weile still, bis sich im Jahr 1998 die Schriftstellerin Izabella Filipiak öffentlich outete und als erste und einzige bekannte Lesbe in den Fokus der bürgerlichen Medien rückte. In subkulturellen Medien erschienen vereinzelte Artikel zu und von Lesben. Lesbische Themen fanden langsam Eingang in feministische Debatten und die Zahl der offen lesbischen Aktivistinnen in LGBT- und Frauenorganisationen wuchs beständig. Bis es schließlich in den letzten Jahren zu einer Art boomartigen Durchbruch kam. Dafür sind sicherlich mehrere Faktoren verantwortlich. So wurde im Jahr 2003 das Thema Homophobie regelrecht in die Medien katapultiert und somit unwiderruflich zur öffentlichen Diskussion gestellt. Auslöser waren die landesweiten homophoben Reaktionen und Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Plakataktion, der Kampagne gegen Homophobie (KPH), der ersten Kampagne in Polen überhaupt, die sich gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben richtete. Auf den Plakaten waren jeweils paarweise lesbische wie schwule Paare zu sehen, die Händchen haltend in die Kamera blicken. Die homophoben Reaktionen führten schließlich zum Abbruch der Kampagne, gleichzeitig sorgten sie für eine vermehrte Wahrnehmung von Lesben. Diese hatte jedoch auch ihre Schattenseiten: Lesben, die öffentlich auftraten, waren nun ebenso homophoben Attacken ausgesetzt wie Schwule: unter anderem wurde eine der auf den Plakaten der KPH abgebildeten Frauen krankenhausreif geschlagen und die rechtsextreme, militante Jugendorganisation Allpolnische Jugend (Mlodziez Wszechpolska, MW) erweiterte ihr Sprücherepertoire (»Schwuchteln ins Gas« und andere) um den Slogan »Lesben ins Arbeitslager«.
Trotz oder gerade wegen der erstarkten homophoben Hetze erfuhren Forderungen von Schwulen und Lesben eine Stärkung. Feministinnen, linke GewerkschaftlerInnen und AnarchistInnen solidarisierten sich mit der LGBT-Szene und organisierten und organisieren gemeinsame Demos für die Rechte von diskriminierten Minderheiten, wie zum Beispiel den jährlich stattfindenden »Toleranzmarsch« in Poznan. Einige Monate nach der viel beachteten Plakatkampagne organisierte die KPH das Festival »Kultur für Toleranz – Tage der schwul-lesbischen Kultur« und den schwul-lesbischen Toleranzmarsch in Krakow, der inzwischen zum vierten Mal stattgefunden hat. »Sollen sie uns doch sehen« (*Niech nas zobacza*), hieß übrigens das Motto der Plakatkampagne und es scheint, als ob sich dies viele zu Herzen genommen haben, denn auf den inzwischen regelmäßig stattfindenden Demos und Events sieht man immer mehr Lesben.
Seit einigen Jahren finden zahlreiche Konferenzen, Workshops und Seminare statt, auf denen es theoretisch und praktisch um Themen wie die Unsichtbarkeit von Lesben und die Notwendigkeit sowie die konkreten Formen, sich zu organisieren geht. Bestärkt durch diese Aktivitäten kam der Stein offensichtlich ins Rollen. Als Ergebnis einer dieser Konferenzen gründete sich die Lesbenvereinigung (*Porozumienie Lesbijek*), zu deren Aktionsformen fortan Demos, Happenings und Filmabende sowie Info- und Diskussionsveranstaltungen gehören. Die verschiedenen Aktivitäten führten auch zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den bislang häufig separat agierenden Lesben und Feministinnen. Ein großer Erfolg im Hinblick auf die gelungene Zusammenarbeit und die öffentliche Wahrnehmung von Lesben war die zum internationalen Frauenkampftag von der feministischen Gruppe Frauenvereinigung 8. März und der Lesbenvereinigung im März 2005 gemeinsam organisierte feministische Demonstration in Warszawa, die unter dem Motto »Wir sind stark – Gemeinsam sind wir stärker« stand. Zahlreiche Medien berichteten im Anschluss daran zum ersten Mal von Lesben als Mitorganisatorinnen und Teilnehmerinnen der Veranstaltung.
Bis heute entstehen landesweit, und zwar auch in mittelgroßen Städten, lesbische Sportgruppen, Diskussionszirkel, Coming-Out-Gruppen et cetera, die zumeist per Internet beworben werden. Seit einigen Jahren gibt es auch erste Ansätze einer internationalen Vernetzung. Auch das gesellschaftliche Leben von Lesben erfuhr einen Aufschwung. Frauenpartys sind zwar noch immer eher eine Seltenheit, aber eine an die man sich allmählich gewöhnt. In der Zwischenzeit hat sich auch im künst-

lerischen Bereich einiges bewegt: So ist der ein oder andere Dokumentarkurzfilm über Lesben entstanden und mehrere Bücher polnischer lesbischer Autorinnen, wie Ewa Schilling und Izabella Filipiak sowie einige Übersetzungen lesbischer Autorinnen haben ihren Weg auf den polnischen Markt gefunden.
Zum Anstieg lesbischer Aktivitäten hat nicht zuletzt auch die Verbreitung des Internets beigetragen. Seit im Jahr 1996 das inzwischen nicht mehr existierende Portal Polish Lesbian Sites den Startschuss gegeben hat, schossen fast jährlich lesbische Seiten in den Cyberspace. Inzwischen existieren mehr als zehn polnischsprachige Seiten von und für Lesben: Unter anderem ist das politische Internetportal der Lesbenvereinigung im Netz zu finden, aber auch auf Freizeit, Sex oder Kunstschaffen ausgerichtete Seiten mit lesbischer Prosa, unterschiedlichsten Kontaktanzeigen, Diskussionsforen und nicht zuletzt auch eine Seite zu lesbischer Mutterschaft sind zu finden. Das Internet wird nicht nur als erweitertes Wohnzimmer behandelt, in dem Lesben weiterhin im Verborgenen bleiben, sondern die vereinfachte Informationsbeschaffung sowie der rege Austausch im virtuellen Raum werden zur besseren Vernetzung im politischen und kulturellen Alltag genutzt und dienen so auf alle Fälle der Stärkung der Lesbenbewegung.

UND WAS KOMMT JETZT?

Blickt man auf die letzten Jahre zurück, mag manchen die Anzahl an lesbischen Aktivitäten im Vergleich zu Deutschland noch immer verschwindend gering erscheinen. Für die widrigen Verhältnisse jedoch, unter denen es sich in Polen zu organisieren gilt, sind lesbische Initiativen in den letzten Jahren exorbitant gestiegen. Lesbisch lebende Frauen sind zwar noch lange nicht überall und es sind auch noch nicht alle (so haben Transgender, also alle Menschen, die sich nicht in die gängigen Kategorien Mann-Frau, homo-, bi- oder heterosexuell pressen lassen wollen, in Polen noch einen beschwerlichen Weg vor sich), doch sind sie endlich fester Bestandteil öffentlicher Diskurse. Was jedoch keineswegs bedeutet, dass sie auch auf eine größere Toleranz geschweige denn Akzeptanz stoßen würden. Vielmehr stellen sie nun, neben Schwulen, einen weiteren Dorn im Auge vieler rechter PolitikerInnen, Kirchenvertreter und leider auch Teilen der polnischen Gesellschaft dar.
Jetzt geht es also darum, den gerade erkämpften niedrigen Status Quo zu verteidigen. Denn AnhängerInnen der ultrakonservativen Rechten sind zwar seit den letzten Wahlen im Herbst 2007 nicht mehr in der Regierung zu finden, sie nehmen jedoch zum Teil immer noch Positionen in der staatlichen Verwaltung ein und versuchen von dort aus, ihre Vorstellungen von einer heterosexuellen, auf katholisch-fundamentalistischen Werten beruhenden Welt durchzudrücken.
Der Kampf von Lesben gegen die eigene Nicht-Existenz ist also gewonnen, der gemeinsame Kampf mit allen, die sich gegen das nationalkonservative Backlash stellen, ist im Gegensatz dazu im vollen Gange.

‹›

DISKRIMINIERUNG IM REGGAE
EINE DISKUSSION IM CONNE ISLAND

ANJA SCHWIERTZ

DIE WURZELN DES REGGAES

Die Rastafaribewegung ist eine für den Reggae sehr bedeutende religiöse Bewegung, die Anfang der 30er Jahre in Jamaika entstand. Ihr bedeutendster Vorreiter war Marcus Garvey. Er lehrte ein schwarzes Gottesbild und einen Afrozentrismus. Zu diesem Gottesbild wurde Haile Selassie[1]. Er war der letzte äthiopische Kaiser (1930 bis 1936; 1941 bis 1974) und ist für die Rastafaris die Inkarnation Gottes. Sein Herrschertitel war Neguse Negest (»König der Könige«), er nannte sich »Löwe von Juda«, »Auserkorener Gottes« und 225. Nachfolger des Königs Salomon. Politisch leitete er eine gesellschaftliche und ökonomische Modernisierung des Landes ein, führte aber eine absolute Herrschaft weiter und ließ keine erwähnenswerte politische Opposition zu. Im Ausland erfreute er sich großer Beliebtheit, weil er Staatsoberhaupt des ältesten afrikanischen Landes und Gründungsmitglied der Vereinten Nationen war sowie als Integrationsfigur des afrikanischen Kontinents in der Phase der Dekolonialisierung galt. 1974 führten eine akute Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung der Landbevölkerung und der Unmut der Bevölkerung, insbesondere der StudentInnen nach gewaltsamen Demonstrationen zu einer Revolution. Der Kaiser musste nach einem Militärputsch abdanken und verstarb 1975.
Es gibt innerhalb der Rastafaris sehr verschiedene Ausprägungen des Glaubens: die meisten lehren einen asketischen Lebensstil und eine strikte Bibelauslegung, einige aber lehnen zum Beispiel alles Weiße ab. Die meisten heutigen Reggae-Stars wie Anthony B. oder Capleton vertreten auch öffentlich in ihren Songs ihre religiösen Vorstellungen. Allen Rastabewegungen gemeinsam ist, dass sie sich die Rückkehr in das Gelobte Land, wie es in der Bibel erwähnt wird, wünschen. Als Gelobtes Land gilt auch Äthiopien, welches als das Heimatland Haile Selassies Symbol für Afrika ist, weil es über eine lange antikoloniale Tradition verfügt. Das gelobte Land sei jedoch auch die Propagierung einer »natürlichen« Gesellschaftsform, die im Gegensatz zu dem »System Babylon« stehe. Der Begriff der Natürlichkeit fuße auf dem Alten Testament und sehe Homosexualität[2] als etwas nicht von Gott gewolltes, Unnatürliches, Abartiges. Sexualität dürfe nur der Fortpflanzung dienen, weshalb Heterosexualität verpflichtend sei. Auch habe der Mann eine dominante Rolle gegenüber der Frau. Frauen seien hauptsächlich für Haushalt und Kinder zuständig sowie von dem Genuss von Marihuana und dem Trommelspielen ausgeschlossen.
Im Gegensatz zu der »natürlichen« Gesellschaftsform steht das »System Babylon«. Im Rastafariglauben wird es mit Sünde oder Unglaube gleichgesetzt. Der Ursprung des Wortes bezieht sich auf die Geschichte vom Turmbau zu Babel, die von dem Hochmut der Menschen und ihrer Bestrafung durch die Sprachenverwirrung erzählt. Einerseits ist mit Babylon das irdische Leben in Unter-

Das Conne Island ist ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Leipzig Connewitz und beschreibt sich selbst als ein Zentrum von und für Linke, Jugend-, Pop- und Subkulturen. Der Conne Island Newsflyer ist ein monatliches erscheinendes Heft, in dem die kulturellen und politischen Aspekte der Veranstaltungen im Conne Island beleuchtet werden sollen.
Außerdem soll das Heft ein Forum für aktuell politische Themen und Diskussion darüber bieten sowie zum Nachdenken anregen.

drückung auf Jamaika, aber auch die Kolonialherrschaft der Briten und seiner Unterdrückung der Schwarzen, gemeint. Auf der anderen Seite ist mit Babylon aber noch viel mehr gedacht: das westliche Wertesystem. Von den Rastas wird all das als Babylon bezeichnet, was dem Gelobten Land widerspricht und in eine verschwörungstheoretische Weltwahrnehmung eingebunden, so zum Beispiel der Kapitalismus, die USA, alles Weiße, der Vatikan oder Homosexualität.
Innerhalb der Musikrichtung Reggea wird zum Beispiel zwischen Dancehall- und Roots-Reggae unterschieden. Dancehall hat Gemeinsamkeiten mit Hip-Hop und bestimmte anfangs keine eigene Stilrichtung, sondern einfach die Musik, die in den jamaikanischen Dancehalls (den Veranstaltungsorten großer Tanzparties) gespielt wird. Dancehall ist im Gegensatz zum Roots-Reggae kaum religiös ausgerichtet. Trotzdem finden sich viele Gewalt verherrlichende und sexistische Texte in der der Musik wieder.[3/4]

DIE DEBATTE

Im ersten Beitrag »Hot Girls Meet Silly Boys« aus der *Cee Ieh* Nr. 74 kritisiert der Autor die Reggae-Richtung Dancehall auf der Hot Riddim Tour 2000. Im Vergleich zum Hip-Hop habe sich nicht viel verändert. Man verstehe nun nur die Inhalte der Texte nicht mehr. Die Hauptkritikpunkte sind, dass der Horizont des Hörers die Ausrichtung der Musik des Künstlers bestimme, oft auf »Masse statt Klasse« gesetzt werde und sich ein »besorgniserregendes Schubladendenken« und Sexismus eingebürgert hätten.[5] Im Kulturreport derselben *Cee Ieh*-Ausgabe bemängelt der Autor des Artikels »Dancehallmania« die momentan in Deutschland stattfindende Rezeption von Dancehall. Die durch die Übertragung der Besonderheit eines der ärmsten Länder der Karibik auf Deutschland entstehenden Kontroversen würden, sowohl von den Musikmachern als auch von den Hörern, ignoriert. Stattdessen würden einfach Sprache, Kleidung, Gestus, Code und so weiter ohne Hinterfragung übernommen. Schwulenfeindliche Männlichkeit und Sexismus gegenüber Frauen seien sehr beliebt.
Der Beziehung zwischen gesellschaftlicher sowie gesetzlich verbannter Homosexualität und einem äußerst konservativen und rückständigen Nationalismus, in dessen Zentrum der »Black Man« stehe, sei offensichtlich. Entschuldigt werde es aber einfach mit der »jamaikanischen Kultur«. Protest erhebt sich vornehmlich bei homosexuellen Bewegungen sowie bei afrobritischen und amerikanischen Fangruppen. Die Beschäftigung mit Dancehall, zum Beispiel in der *Spex*, die die Inhalte der Texte als »Wertekollision« bezeichneten, kritisiert der Autor aufs schärfste. So meint er: »Das kritiklose Feature um Dancehall, insbesondere hinsichtlich der Adapation von Credibility einschließlich homophober und frauenverachtender Versatzstücke, als Diskurs abzutun, weil es eben jamaikanisch meint, wird sich als Sackgasse erweisen.«[6]

Eine ganz andere Meinung spiegelt der Beitrag »reggae nah need nutt'n!« wider, der sehr persönlich und teilweise beschimpfend ist. Der Autor Mr. K. wirft den Verfassern der beiden zuvor beschriebenen Artikeln »[...] Halbwissen, gemischt mit Lügen« und »eine polemische Ausdrucksweise«[7] vor. Der »Dancehallmania« Report wird als überflüssig angesehen, da sich Künstler wie Gentleman oder Messer Banzani schon längere Zeit um Transparenz bemühten. Dann wird der starke religiöse Einfluss auf die Musik und das System Babylon erläutert. So sei das eigentliche Ziel »[...] so oft wie möglich gegen das babylonische System zu meutern«[8]. Der Vorwurf des Sexismus in Reggae-Texten bestreitet Mr. K. nicht, sieht ihn aber aus der Gegenseitigkeit der Geschlechter hervorgehend und nicht als männliches Phänomen. Auf die Kritik der Homophobie geht der Verfasser leider nicht ein. Im »aufgeklärten« Deutschland dürfe dies »kein Thema«[9] sein und für Jamaika erspare er sich einen Erklärungsversuch.[10]
Als Antwort darauf gab es dann zwei Leserbriefe, der erste mit dem Titel »Mister K... Wahrheit braucht keine Fremdwörter«, der zweite mit dem Titel »Ihr könnt hier nicht schwul tanzen...!«. Beide Beiträge erbosten sich über Mr. K.s Ausführungen und sehen in seinen Ausführungen keine Argumente den Reggae von dem Vorwurf des Rassismus, der Homophobie oder des Sexismus zu entlasten. Auch diese Beiträge sind teilweise mit Beleidigungen gespickt. [11]
Der letzte Teil der Debatte ist größtenteils von persönlichen Fehden und Beleidigungen bestimmt. Es gibt weitere Leserbriefe zu der Diskussion, welche im Newsflyer aus diesem Grund nicht mehr abgedruckt wurden.

»DIE HURE MUSS BRENNEN«

Sehr aufschlussreich ist dagegen dieser Artikel von Daniel Kulla, welcher mit einer guten historischen Einführung in die Thematik beginnt und die ideologischen Wurzeln und Begriffe des Reggae erläutert. Kulla nennt Beispiele, um seine Kritik am Reggae zu belegen und erläutert auch neuere Entwicklungen, wie das Aufkommen des *Consciousness-Reggae*, mit dem Religion als Mittel gegen die Gewalt im zuvor vorherrschenden Dancehall wieder wichtiger geworden sei. Insgesamt stellt er fest, dass es wohl nicht so ist, dass die Rastas selber »[...] im Sinne ihrer Vernichtungsphantasien handeln, dennoch erzeugen sie ein ideologisches Muster, das anderen als handlungsleitend gilt«[12]. Als wirklich erschreckend wird weiterhin beschrieben, dass viele Leute Aufrufe zum Schwulenmord einfach nicht schlimm fänden, auch wenn man sie darauf aufmerksam machte.
Zusammenfassend kann man von einer sehr interessanten, vielschichtigen Debatte sprechen, die leider in Teilen von unsachlichen und beleidigenden Beschimpfungen überschattet wurde. Die Autoren lassen sich vom Ton des Mr. K. anstecken und anstatt bei sachlichen Argumenten zu bleiben weitet sich die Debatte eher zu einer persönlichen Schlammschlacht aus! Sehr schade und absolut unnötig!
Nach dieser Debatte im Conne Island Newsflyer und der Radioshow im Jahr 2005 scheint wieder Ruhe eingekehrt zu sein um das Thema Homophobie im Reggae. Ähnliche Diskussionen oder auch Berichte über die neusten Entwicklungen, die dieses Thema betreffen, finden sich nicht. Wie sieht es aktuell aus mit homophoben und sexistischen Texten im Reggae? Inwieweit produzieren Plattenfirmen solche Texte noch? Hat sich mittlerweile vielleicht noch in anderen Teilen der Fangemeinde von Reggae Widerstand gegen homophobe Anspielungen in Texten entwickelt? Wie entwickelt sich die deutsche Szene?

Dies sind nur einige Fragen, die sich stellen. Es lässt sich nur hoffen, dass in der Szene selbst, in den persönlichen Debatten und Gesprächen untereinander, nicht so ein (bequemes) Schweigen eingetreten ist wie im öffentlichen Diskurs! ‹›

ANMERKUNGEN 1 Ras Tafari: Geburtsname von Haile Selassie, von dem sich der Begriff Rastafari (abgekürzt Rasta) ableitet. 2 Homosexuelle werden in Jamaika und im Reggae als »Chi-Chi-Man« oder »Batty Boy« bezeichnet. 3 Vergleiche Radio Island: Radioshow 8., www.public-ip.org/sendung-100.html 4 ***Babylon inna Zion****. Die Riddim im Kulturkampf gegen Zionisten und Schwule.* Mathias Schütz, aus: Prodomo, Heft 3, www.conne-island.de/nf/140/17.html 5 Vergleiche: ***Hot Girls Meet Silly Boys***, Teewald, www.conne-island.de/nf/71/11.html 6 ***Dancehallmania****. Das Bedürfnis nach Authentizität sollte an Grenzen stoßen*, Lars, www.conne-island.de/nf/71/15.html 7 ***reggae nah need nutt'n!*** Mister K, www.conne-island.de/nf/73/5.html 8 Ebenda 9 Ebenda 10 Vergleiche ebenda 11 ***Mister K…*** *Wahrheit braucht keine Fremdwörter.* Jee / ***»Ihr könnt hier nicht schwul tanzen…!«***, Juel, www.conne-island.de/nf/74/26.html 12 ***Hure muss brennen,*** Daniel Kulla, www.conne-island.de/nf/136/26.html

DIETER BOHLEN FÜR DIE ANDEREN
HOMOPHOBIE IM REGGAE UND HIP-HOP

MARTIN GOEDE

Am 20. August 2008 wurde der Auftritt von Beenie Man, einem der international erfolgreichsten Dancehall-Künstler, in Hamburg kurzfristig abgesagt. Hintergrund war die Auseinandersetzung über seine Songtexte, in denen er zur Gewalt gegen Schwule aufruft.

Das Thema ist nicht neu. Schon häufig gab es homophobe Texte, doch seit 1992 wurde mit »Boom Bye Bye« eine neue Qualität erreicht: »(Its like) Boom bye bye – Inna batty bwoy head – Rude bwoy no promote no nasty man Dem haffi dead. (frei übersetzt etwa: Boom und tschüß – Direkt in den Kopf vom Batty Boy. Coole Jungs unterstützen keine ekligen Männer – Sie sollen sterben« Mit diesen Worten nahm sich der Toaster Buju Banton die dichterische Freiheit, seine Ansichten poetisch unters Volk zu bringen. Seitdem diskutiert die Szene in Europa. In England wurde von der Organisation *Outrage* ein »Reggae Compassionate Act« formuliert, der nun den Dancehall-Interpreten zur Unterschrift vorgelegt wird, die in ihrem Repertoire gewalttätige Texte haben. Mit ihrer Signatur bezeugen die Künstler das Prinzip von »One Love« und unterstützen die Tradition von Reggae als »Agenten der positiven sozialen Veränderung« und einer Rückkehr zu den Prinzipien von Toleranz, sozialem Engagement und »positive Vibrations«. Die Ablehnung kann teuer werden, denn die nachfolgende Diskussion in der Öffentlichkeit führt häufig zur Absage von Tourneen. Das soll in den vergangenen Jahren 3,1 Millionen gekostet haben.

So kann der Londoner *Outrage*-Aktivist und Journalist Peter Tatchell auf seiner Website in jüngster Zeit die Unterschriften von einigen der betroffenen Künstler (unter anderem Buju Banton) abbilden. Seit 2005 ist auch Beenie Man dabei. Doch mittlerweile wurde bekannt, dass Anthony Moses David – so der bürgerliche Name – und seine Kumpanen zurück in ihrer Heimat jede Aktivität in diese Richtung abstreiten. Denn was in Europa den Ruf beschädigt und damit den kommerziellen Erfolg schmälert, stärkt in Jamaika bei Dancehall-Veranstaltungen das Renommee. Kürzlich wurde ein erneutes Papier, der »Berlin Reggae Compassionate Act« aufgestellt und wieder unterschrieben. Danach hat dann das Berliner Konzert stattgefunden.

Doch für Hamburg reichte das nicht aus und führte im Abschluss zu einer anschließenden Diskussion mit Vertretern der GAL, dem St.Pauli Fanclub und örtlicher Reggae-Soundsystems, um auch ein Vorgehen für die nächsten anstehenden Konzerte abzustimmen. Bei dieser Veranstaltung wurde unter anderem erwidert, dass man einen Künstler nicht auf »drei Songs« reduzieren könne und dass es ein »Recht zur Selbstregulierung« innerhalb der Dancehall-Szene gäbe. Es wäre wirkungsvoller – und würde bereits mehrfach praktiziert – dass entsprechende homophobe Titel mit einem Pfeifkonzert vom Publikum kommentiert würden. Ein Konzertverbot sei kein probates Mittel, die homophoben Inhalte zu bekämpfen. Ein weitere Wortmeldung argumentierte, dass der Erwerbsdruck in Jamaika immens sei, und die Künstler förmlich zwingen würde, sich in ihrer Heimat der vorherrschenden schwulenfeindlichen Grundstimmung anzupassen.

ZUFLUCHT UND ABGRENZUNG

Eine Äußerung, die deutlich macht, welche Schwierigkeiten der »aufgeklärte und ausgeglichene Europäer« hat, wenn es darum geht, einen klaren Standpunkt gegenüber seinen Lieblingen zu haben (vor allem, wenn diese aus einem anderen Kulturkreis kommen). Ein Phänomen, das auch andere Disziplinen betrifft, die identifikationsstiftend sind. Doch beim Pop findet die Diskussion auf mehreren Ebenen statt. Aus Sicht des Liebhabers gehört der eigene Geschmack zum Charakter und bietet Zuflucht, Anregung, Abgrenzung und Zugehörigkeit. Gerade bei kulturellen Subszenen, die kaum ohne angelernte Kenntnisse zu entdecken sind, wird ein Angriff von außen schnell abgewehrt. Fehlende Details, grobe Verallgemeinerungen und falsch geschriebene Namen sind ein Indiz dafür, dass der jeweilige Kritiker den eigentlichen Wert der Musik nicht schätzen kann oder will. Also kann auch seine Kritik nicht ernst genommen werden.

Wenn die Musik noch einen (pseudo-)rebellischen Habitus beinhaltet (der sich häufig zusammensetzt aus unreflektierter Systemkritik, wilden Posen und demonstrativen Drogenkonsum), wird die Kritik daran erst recht nicht auf Augenhöhe wahrgenommen. Denn wäre sie legitim, fordert sie Konsequenzen im Referenznetz Pop bei sozialen Kontakten, Überzeugungen und präferiertem Freizeitverhalten. »Hier eine Trennungslinie einzuziehen, hieße, direkt durch den eigenen Lebensentwurf hindurch zu schneiden, sich von dem zu distanzieren, was man eigentlich ist«, schriebt Paul-Philipp Hanske im Juli 2008 in der *Süddeutschen Zeitung*.

Ein weiterer Erklärungsversuch in diese Richtung: »Parolen schreien hat schon immer gut funktioniert, um die Massen zu bewegen. Kenner und Kennerinnen des Landes und der Szene argumentieren hier mit »Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird«, sprich: »Lass den Hund doch bellen, der tut nix.« – so ein Eintrag in einem Diskussionsforum. Und kommt der Sound auch noch aus einem anderen Kulturkreis, dann fühlt man sich als weißer (zumeist männlicher) Hörer auch endlich mal richtig ungerecht behandelt – zumindest bis zum

nächsten Taschengeld. Und damit geht man dann wieder in die Clubs; » ich reiß mein lighter auch hoch wenn so'n tune kommt – TOK's «chi chi man" is musikalisch gesehen einfach hammer – und ich wär schön dumm wenn ich auf einen dance geh, wo ich weiß dass die geilsten tunes nich gespielt werden...« oder »ich selber leg' intensiv Reggae und Dancehall auf, und ich spiel auch eben solche Nummern, die besonders darauf abzielen Schwule zu dissen!... (denn) wenn ich Reggae spiele, spiele ich eine Kultur, und wenn etwas zu dieser Kultur gehört, dann spiel' ich es eben auch! wer gibt mir das Recht darüber zu entscheiden, was in einer anderen Kultur richtig und falsch ist? Normen und Werte sind eben überall anders«. Oder: »Wer so eine Musik auflegt repräsentiert halt einfach die gesamte Kultur und nicht nur die happy-reggae-sunshine-one love-Seiten. Und nun? Zensieren, weil ein paar Beschränkte die Beweggründe nicht verstehen? Für solche Leute gibt's Dieter Bohlen-Friends: ohne Ecken und Kanten und auch ohne Hintergrund. Es gehört halt alles zusammen... Wir sind ja aufgeklärt genug, dass wir nicht rumlaufen und den nächsten Schwulen anzünden.« Und den übernächsten?

Warum wird hier Toleranz für Musik »einer anderen Kultur« eingefordert, die selbst keine Toleranz bereit hält – und das von Personen, die sich wahrscheinlich selbst als politisch links und reflektiert einschätzen? Und die genannten Songs wirken zudem staatstragend: Der genannte Schwulenhasser Song von TOK war die Wahlhymne der Opposition bei der letzten Abstimmung. In Jamaika ist Homosexualität unter Männern verboten. Bis zu 15 Jahren Haft drohen für einfaches Händchenhalten. Die Selbsthilfegruppe J-Flag berichtet von über 30 Ermordungen von Schwulen in Jamaika zwischen 1997 und 2004 unter anderem auch an dem J-Flag-Mitgründer Brian Williamson. Als ihn am Todesabend Freunde besuchen wollten, sangen Nachbarn schon vor dem Haus »Boom Bye Bye« und feierten.

Auch beim Hip-Hop hier gehört der Schwulen-»Diss« zum guten Ton. So verzeichnet die »Da Dis List« – eine Auflistung von Songs und Interpreten mit Schwulenhetze – nahezu jeden bekannten Rapper zumindest einmal. Bei Wortgefechten wird das Schimpfwort für Schwule »Faggott« oder Frauen »Bitch« dazu benutzt, die Männlichkeit des Kontrahenten anzuzweifeln. Und das trifft schwer. Denn beide Kulturen sind stark männlich codiert. Hier hat der Mann noch was zu sagen, hier tanzen die Frauen noch nach seiner Pfeife, hier braucht man nur eine Rolle Scheine und die Welt dreht sich scheinbar nur um einen selbst – zumindest im Video-Clip, den man selbst bezahlt.

ENTWICKLUNG ZUM GANGSTER-RAP

Beim Hip-Hop sind die Schwulen- und Frauenfeindlichkeit erst seit Ende der 80er im großen Stil auf der Szene präsent. Zuvor war Hip-Hop eine offene junge Kultur, zu denen zunächst die Kinder spanischer und südamerikanischer Einwanderer ebenso Zugriff hatten, wie hetero- und homosexuelle Personen aus der Disco-Szene sowie einigen weißen Punks wie die Beastie Boys. Die Miterfinder des Gangsta-Stils, »Niggaz with Attitude« (NWA), haben ganze Arbeit geleistet: Bis 1988 hatte Los Angeles fast keine Bedeutung im Hip-Hop. Die großen Stars kamen hauptsächlich aus den Großstädten des Ostens der USA. Dort, wo der Sound und die Kultur ursprünglich entstand. Doch mit Texten über das glamouröse Leben als Gangster inklusive Anlernen von neuen Prostituierten, Großeinkauf von Gold und Diamanten für Hand, Hals und Frontzähne, offenem Hass auf die Polizei sowie das Ermorden von Konkurrenten, wurde Aufmerksamkeit erregt. Tatsächlich finanzierten viele später erfolgreiche Rapper ihre ersten Aufnahmen durch eine kriminelle Karriere.

Der Gangster-Rap löste den bis dahin tonangebenden »Afrocentric-» beziehungsweise »Conscious-Hip-Hop« ab mit dessen halbgaren Mischung aus »Heim nach Afrika«-Romantik und Humanismus. Immerhin war hier das Thema Gleichberechtigung präsent: Queen Latifah, Da Brat, Mc Lyte oder Moni Love gehörten zur Posse dazu.

Doch diese Szene kam aus der gebildeten Mittelschicht. Ihnen standen zumindest rudimentäre Wege zu Jobs und regelmäßigem Einkommen offen.Für viele Unterprivilegierte war diese Spielart nur bedingt attraktiv. Der »neue« Rap bot mit seiner Zurschaustellung von »Härte« genug Projektionsfläche, um Wut und die eigene Trostlosigkeit in vermeintliche »Stärke« umzuwandeln. Und das bezog sich nicht nur auf die materielle Situation: Nach dem rassistisch motivierten Polizeiüberfall auf Rodney King 1991 ging LA's Stadtteil Compton in Flammen auf.

Seitdem ist die Rollenverteilung bei den meisten Veröffentlichungen schwarz/weiß. Männer sind die »Player« mit Geld, Macht, Autos, Muskeln und Frauen, die sich wiederum leicht geschürzt in Kleingruppen um den jeweiligen Typen kümmern. Und auch hier übernehmen deutsche junge Männer die Klischees nur allzu gern: endlich kernig fühlen statt picklig aussehen. Sollten Frauen in der Realität anders reagieren als auf dem Fernsehschirm, dann nennt man sie kurzerhand auch »Bitches«. Dabei scheint Hip-Hop die Funktion zu übernehmen, die vorher Heavy Metal innehatte: die kulturelle Kinderstube des »Mannwerdens« – das Boot Camp aus dem Radio. Nur die »Härte« zählt. Auch dort waren Frauen oft als Anhängsel inszeniert: auf Plattencovern, Parties und als Groupies.

Und auch damals wurden mit Musik Inhalte und Sprache offensiv vertrieben – so wie heute beim Hip-Hop. Bushido will zuerst »Tunten vergasen«, G-Hot möchte in seinem Song »Null Toleranz« Homosexuelle kastrieren und Konkurrenten werden gern als »Stricher« betitelt – ähnliches äußerten auch die zerstrittenen Ex-Mitglieder von NWA. Das Ergebnis: Klar ist, dass »schwul« als Schimpfwort deutsche Schulhöfe in den letzten Jahren erobert hat. Eine repräsentative mündliche Befragung im Jahr 2002 unter 12- bis 17-jährigen Jugendlichen zeigt, dass 61 Prozent der deutschen Jugendlichen gegenüber Schwulen und Lesben negative Einstellungen haben – sie finden sie »nicht« oder »überhaupt nicht gut«. Dass der Körperkult von 50 Cent und Männer-Gruppen auch homoerotische Signale senden, wird dabei gern ausgeblendet.

Doch in den USA gibt es auch andere Tendenzen. Schwule Rapper sind seit einigen Monaten ein Thema in Magazinen. Wurde seit Jahren gemutmaßt, dass zumindest ein sehr bekannter Rapper homosexuell ist – häufig in Zusammenhang mit neuen Buchveröffentlichungen, die sich dann doch zugeknöpft gaben, zuletzt »Hiding in Hip-Hop« von Terrence Dean – so gibt es jetzt eine Reihe von kommerziell erfolgversprechenden Künstlern wie Deadlee, Caushun oder Q-Boy, die offen homosexuell auftreten. Kanye West rief kürzlich bei einem Konzert für Toleranz gegenüber Schwulen und Andersdenkenden auf und Common, der zwar schon immer als »Conscious«-Rapper gilt, aber in »Da Dis List« 5 Einträge hat, rappt in »Between Me, You & Liberation« über das Coming Out eines Freundes. Und selbst Eminem gelobt Besserung. Schließlich hat die schwule Community auch genügend Kaufkraft.

Ob allerdings das Umdefinieren von unflätigen Bezeichnungen zu einer neuen positiven Codierung funktioniert, so wie viele Subkulturen zuvor, bleibt abzuwarten. In Deutschland geht es derzeit noch ausschließlich um das »böser, schneller, weiter« – solange der Markt das abfordert.

REZENSIONEN ZUM SCHWERPUNKT

UNIFORM, AUFMARSCH UND SA
DOKUMENTATION ZU HOMOSEXUELLEN NAZIS

ALBAN WERNER

»Bis heute denke ich, dass Rudolf Hess ermordet wurde«, gesteht Bernd Ewald Althans der Kamera und damit dem Publikum. Hess sei zu Unrecht inhaftiert worden, diese Auffassung teile Althans auch nach seinem »langsamen Ablöseprozess«, der emotionalen Entwicklung weg von der Szene, in der er sich jahrelang mehr als zuhause fühlte. Die Aussage kommt nicht von irgendwem. Althans, der sich heute offen zu seiner Homosexualität bekennt, wurde Anfang der 90er bekannt durch den Dokumentarfilm »Beruf Neonazi« von Winfried Bonengel. Ein damals umstrittenes Machwerk, das in einigen Städten Aufführungsverbot erhielt, weil es unkommentiert den damaligen Neonazi-Kader Althans im Alltag begleitete und dessen Holocaust-Leugnungen selbst vor Ort in der Ausschwitz-Gedenkstätte darstellte. Althans wurde später wegen der im Film zu sehenden Aussagen zu einer mehrjährigen Haftstrafte verurteilt. Dass er den millionenfachen Mord an Juden und anderen vom deutschen Faschismus Verfolgten bestritten haben soll, möchte er in dieser Doku nicht mehr zugestehen.
Althans ist sicherlich ein Extremfall, aber letztlich findet sich bei ihm nur diejenige Ambivalenz ins Extrem gesteigert, die sich bei allen wichtigen Protagonisten dieses Films zeigt; sei es in der Gegenwart, sei es in der Rückschau auf die eigene Vergangenheit oder die der politischen Bewegung, der man angehört oder angehört hat.
Ein anderer Befragter, bekennender Neonazi und Mitglied einer extrem rechten Partei, deren Namen er allerdings nicht nennen möchte, outet sich als ehemaliges PDS-Mitglied. Er habe, als aus dem deutschen Osten kommend, die DDR-Erziehung, als gut, weil »sehr national« empfunden. Die PDS mit ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit habe ihm gut gefallen, deren Hinwendung aber zum »Multi-Kulti« habe er nicht mitmachen können und sei deswegen ausgetreten. Wenig anfangen könne er auch mit den grell kostümierten Schwulen vom CSD: »Ich bin schwul geworden, um auf Männer zu stehen«. Mit seiner Homosexualität habe er innerhalb der Szene »sehr gute« Erfahrungen gemacht. Nicht in Ordnung findet er es, mit den massenhaften Verbrechen an Schwulen im NS konfrontiert zu werden. Ob das denn nicht schon einen Widerspruch für ihn darstelle. Tue es nicht, denn: »Man kann das (die Schwulenverfolgung, A.W.) nicht von unserem heutigen Wissen aus beurteilen«.
Weniger abgeschottet gegenüber der Schwulenfeindlichkeit in der eigenen Szene zeigt sich der Berliner Skinhead André. Sein Auftritt direkt zu Beginn des Films wirkt befremdlich: Eigentlich ein ganz netter Kerl, wenn er nicht ein überzeugter »Rechter« wäre, der seine Gewaltbereitschaft nicht verheimlicht. André verrät uns, dass es »einen schwulen Bodensatz« innerhalb der braunen Szene gibt; später werden wir während des Films hören, dass es immerhin zwischen 10 bis 15 Prozent der Männer innerhalb des extrem rechten Spektrums sein könnten, die homosexuell sind. André äußert sich erstaunlich reflektiert über seine Verhältnisse. »Der Kampf gegen Schwule«, meint er, sei für die Nazis eher ein Kampf »gegen Unmännlichkeit«. »Hetero-Skins sind rauer und wilder«, deswegen gibt es ordentlichen Pogo nur auf ihren Konzerten, nicht aber bei den Homo-Skins. Im Gegensatz zum ostdeutschen Neonazi sieht André, dass man »nicht sicher lebt«, wenn man als NPD-Mitglied homosexuell ist.
Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Geschichte von Michael Kühnen, einem Vorzeigekader der Neonazi-Szene,

der 1991 an Aids verstarb. Bernd Ewald Althans berichtet ergriffen davon, wie er als junger Rechtsradikaler den Worten des eloquenten Kühnen lauschte. Kühnen half jedoch selbst sein Ruhm in Teilen Deutschlands wenig (in den neuen Bundesländern holten sich junge Menschen nach der Wende Autogramme von ihm ab), seine Aids-Erkrankung im Zusammenhang mit seinem Schwulsein genügten, dass ihn die braune Szene zeitweise verstieß. Nach seinem Ableben allerdings wurde er posthum zum Helden der Szene ernannt, auf seiner Beerdigung trafen sich etliche Führungskader der Neonazi-Szene ein, um trotz der anwesenden Antifa-Demonstranten dem zuvor Geschassten die letzte Ehre zu erweisen. So freundliche Reaktionen hatte es nicht gegeben, als Kühnen seine Homosexualität thematisiert und geschrieben hatte, der Schwule sei doch eigentlich der bessere Soldat, weil er im Schützengraben nicht an seine Familie daheim, sondern an seine geliebten Kameraden denke. Wenn André einige Auszüge schwulenfeindlicher Hetze aus Nazi-Internetforen zitiert, kann man sich vorstellen, welche Reaktionen Kühnen anderthalb Jahrzehnte zuvor in dieser Szene provoziert haben muss.

Solche Widersprüche trieben schließlich Jörg Fischer, inzwischen freier Journalist und Berufsrevolutionär bei der Sozialistischen Alternative (SAV) dazu, die Neonazi-Szene zu verlassen. Fischer schildert seine Geschichte, die eine Gleichzeitigkeit von sexueller Bewusstwerdung, ersten Erlebnissen und Integration in NPD-Kreise bedeutete. Mit seinem damaligen Sexpartner und Kameraden habe er in fünf Jahren nicht ein Wort über die ausgetauschte Intimität gewechselt. Seine Schilderungen werden vom Regisseur mit den Berichten ähnlicher Erfahrungen des ostdeutschen Neonazis im Wechsel gezeigt: Offensichtlich bedingt die Ablösung aus dem braunen Milieu eine andere Umgangsweise mit den eigenen Erfahrungen.

Weniger spannend und nur in mittelbarem Bezug zu den Erfahrungsberichten der interviewten Männer sind die Abschnitte über den schwulen SA-Führer Röhm, dessen Tod den Startpunkt für die rabiate Verfolgung Homosexueller im NS markierte. Auch der unter Historikern ausgetragene Streit um die vermeintlichen homosexuellen Neigungen Adolf Hitlers tragen wenig dazu bei, die bis ins Persönlichste hineinragenden Spannungen zu verstehen, denen sich schwule Männer als Neonazis aussetzen.

Anhand der Uniform-Fetischisten von »Green Berets International« werden schwule Männer gezeigt, die eine Variante klassischer Männlichkeit ausleben, »in Kombination mit Sex« und sich dabei explizit von der extrem rechten Szene abgrenzen. Die Abgrenzung vom »Frauenhaften« der aktiven CSD- und Schwulenszene gipfelt hier in Fitnessübungen und Sexspielen im Wald, die beim Zuschauer eher Schmunzeln hervorrufen, nach dem Motto: »Na ja, jeder nach seiner Façon«.

Die schwulen Neonazis bzw. ehemaligen Nazis beunruhigen. Ihr Dilemma zeigt ein menschliches Gesicht inmitten der unmenschlichen politischen Landschaften der extremen Rechten, auch wenn ihre Ansichten nicht weniger Ekel erregend sind als die ihrer Hetero-Kameraden. »Schwule sind keine besseren Menschen. Auch sie können Antisemiten oder Rassisten sein«, bemerkt Jörg Fischer an einer Stelle. ‹›

Männer, Helden, schwule Nazis Rosa von Praunheim, DVD, Absolut Medien, 78 Minuten, 49 Minuten Bonusmaterial, deutsche Fassung (englische Untertitel verfügbar).



MUSLIME UNTER DEM REGENBOGEN

TOBIAS FASSMEYER

HOMOSEXUALITÄT, MIGRATION UND ISLAM

Das Buch hat sich den Vorwurf eingehandelt die Legitimierung rassistischer Einstellungen über den pauschalisierten Vorwurf der Homophobie im Islam zu betreiben. Dies wird vor allem bei der undifferenzierten Wahrnehmung von Homophobie als ein auf die Religionszugehörigkeit zurückzuführendes Phänomen und einer latenten Gegenüberstellung – verkürzt ausgedrückt: hier tolerante Deutsche, dort zurückgebliebene homophobe Migranten – attestiert. Berechtigt ist dieser Vorwurf schon allein durch die Existenz des Buches, da Titel und Themenstellung selbst fokusierende Wirkung haben und den Verdacht eines Spezialproblems von Muslimen mit Homosexualität fördern. Dies würde aber andererseits auch jede spezielle Beschäftigung mit der Thematik unterbinden, wenn nicht noch der Vorwurf gegen den Herausgeber Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) Landesverband Berlin-Brandenburg e.V. hinzukommen würde, seit längerer Zeit genau diese Politik – die Verbindung der Übergriffe von Jugendlichen auf einen kulturellen bzw. islamischen Hintergrund zurückzuführen – auch zu verfolgen. Da die ideologische Lücke des verschwundenen Kalten Krieges zur Zeit durch den »Kampf der Kulturen« ersetzt wird und die in diesem Zusammenhang grassierende Islamophobie für alles dankbar ist, genießen momentan die ansonsten als »schwule Säue« diffamierten Homosexuellen eine gewisse Beliebtheit – solange Sie dem rassistischen Alltag dienlich sind. Dies als gesellschaftliche Toleranz oder gar als Akzeptanz misszuverstehen, wäre ziemlich blauäugig.

Aber was steht eigentlich im Buch: Zu Beginn wird das Verhältnis des Korans zu Homosexualität behandelt. Allein schon die Idee, in den auf das alte Testament aufbauenden religiösen Texten nach einer Legitimierung der »Sodomie« zu suchen, beinhaltet ein seltsames Religionsverständnis und grobe Ignoranz gegenüber der historischen Rolle von Religionen. Da sich auch unter gar keinen Umständen weder im Islam, noch in den anderen beiden »Buch«-Religionen Christentum und Judentum ein Passus finden lässt, der dezidiert Akzeptanz oder Toleranz gegenüber Homosexualität formuliert, ist das ganze Unternehmen schon von vornherein auf das übliche Verfahren aller Gläubigen reduziert: einer Exegese nach dem Prinzip, dem eigenen Anliegen zuordenbare Textpassagen hoch und dem widersprechende Textpassagen niedrig zu bewerten, natürlich immer mit dem Verweis auf den Kontext der Zeit, aus dem die adäquate Deutung resultiert. Die Volksmundvariante dazu heißt: Jeder sucht sich aus der Bibel für den Sonntag raus, was ihm gerade in den Kram passt. Der Fehler all dieser Versuche steckt im Ansatz und ist der sozialisationsbedingten Pein geschuldet, im Werteraster der Gesellschaft als nicht Heterosexuelle/r nicht akzeptiert zu sein, dieses Werteraster jedoch verinnerlicht zu haben. Dass das Bedürfnis »normal« zu sein, zu diversen seltsamen Salti und Verrenkungen führt und sich auch bestens funktionalisieren lässt, wird in diesem Band wahrscheinlich unbewusst vorgeführt. Das redliche Bemühen nach Textstellen zu fahnden, die eine tolerante Interpretation zulassen, gehört zu den harmloseren Übungen, ignoriert es doch lediglich, dass eine aktuell relevante Interpretation religiöser Texte sehr viel mit der Gesellschaftsstruktur und sehr wenig mit dem Text als solchem zu tun hat. Gerade die Flexibilität und der Interpretationsspielraum eines Glaubens bedingt sein Überleben.

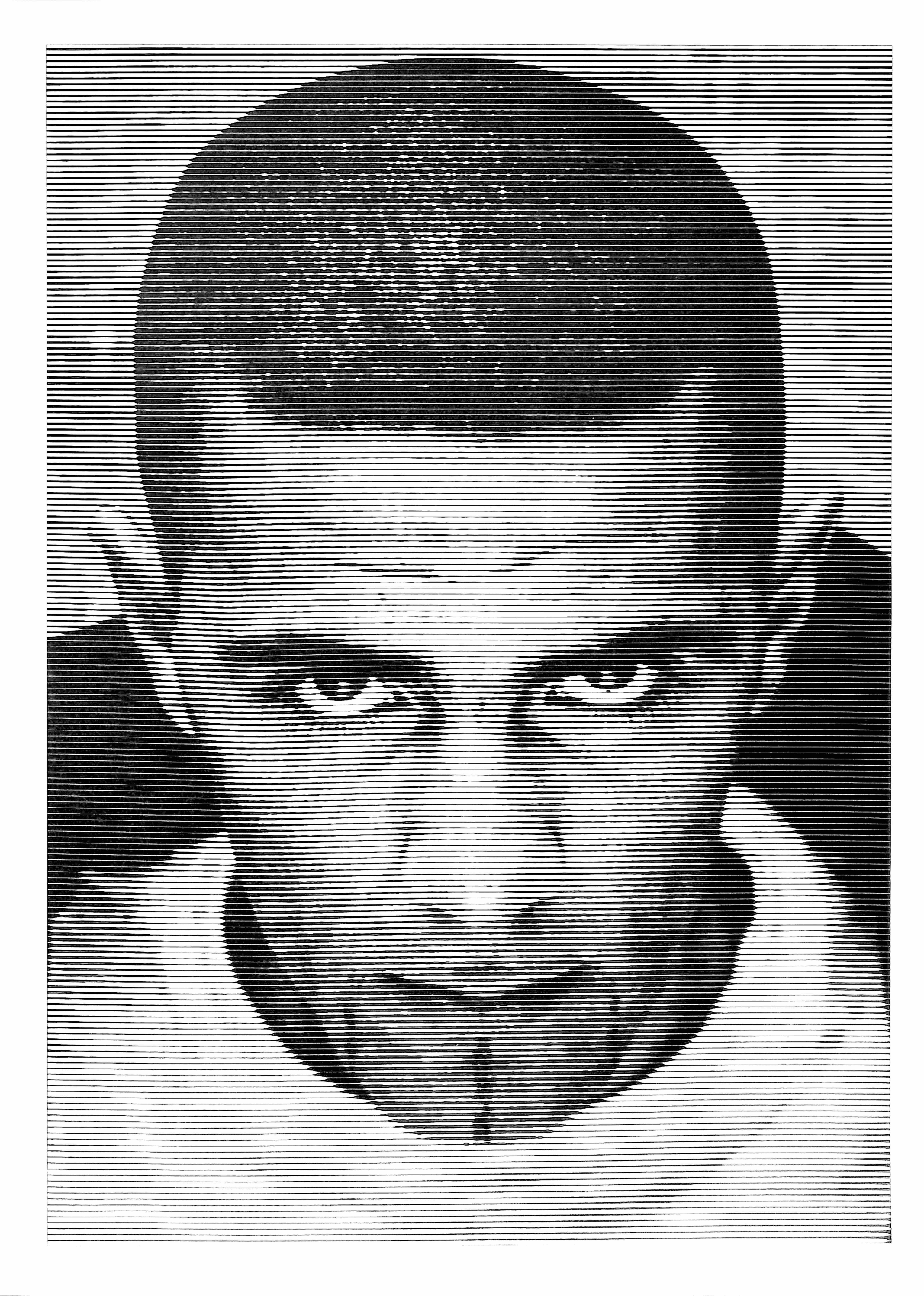
Weit problematischer an diesem Band sind dann doch Bemühungen, Sympathiewerbung für Pim Fortuyn zu betreiben – dessen großes Talent unstrittig ein sehr spezielles gewesen ist: rassistische Ressentiments erfolgreich zu nutzen. Dass der im Buch enthaltene Artikel, der ein Jahr nach Fortuyns Ermordung geschrieben wurde, sich dem Motto des Chilon von Sparta *de mortuis nil, nisi bene* (über Tote nichts, wenn nichts Gutes) verpflichtet sieht, ist vielleicht verstehbar, macht ihn aber nicht erträglicher.

Erfreulicheres gibt es aber auch. Es findet sich im hinteren Teil des Buches. Außer den wohl unvermeidlichen Referenztexten aus der Politik, hier von Barbara John (bis 2003 Integrationsbeauftragte des Berliner Senats) und Günter Piening (Beauftragter für Integration und Migration des Berliner Senats) sind Texte zu finden, die sich kritisch mit dem Thema der Publikation, nämlich Homosexualität, Migration und Islam auseinandersetzen – nicht losgelöst in isolierter Einzelbetrachtung, sondern in Bezug auf das bundesrepublikanische, deutsche, Gesellschaftssytem.

Bis auf wenige Artikel ist das Buch keine Offenbarung. Es ist eher eine Kraut-und-Rüben-Sammlung unter dem Motto: Wir machen was zu Islam und Homosexualität. ‹›

Muslime unter dem Regenbogen *Homosexualität, Migration und Islam* LSVD Berlin Brandenburg e.V. (Herausgeber); Querverlag GmbH, Berlin 2004; ISBN 3-89656-098-0





FÜR EINEN NEUEN ANTI-FASCHISMUS

HARRY WAIBEL

Wer wissen will, wie weit sich in der deutschen Gesellschaft neofaschistische Ideologien verfestigt haben, hat mindestens zwei Möglichkeiten diese Erkenntnislücke zu schließen. Erstens gewähren die offiziellen Zahlen entsprechender Behörden (BMI, BKA, BfV, et cetera) hinreichende Einblicke in die destruktiven Kapazitäten der neuen Rechte. Zum anderen bieten drei demoskopische Studien von Sozialwissenschaftlern der Universität Leipzig, der Universität Jena und von Berliner Wissenschaftlern des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. fundierendes Material zu diesem Thema. Die öffentlichen Angriffe der organisierten Neofaschisten, meistens sind die Täter männliche Jugendliche und Jung-Erwachsene, zum Beispiel auf Einwanderer, Juden, Schwulen und Lesben, Linken oder Behinderte, sind als Spitze eines Eisbergs zu verstehen, dessen gesellschaftliche Substanz durch die demoskopischen Erhebungen offen gelegt wird.

Es handelt sich hier um eine Art rassistisch motivierte, sich schleichend entwickelnden Revolte gegen die bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse, wobei ein arbeitsteiliges Vorgehen unübersehbar ist. Die Einsichten aus beiden Bereichen zeigen klar und deutlich, nationalistische und rassistische Einstellungen, als wesentliche Bestandteile einer neofaschistischen Ideologie. Keine staatliche Maßnahme, keine Aktion der Antifaschisten hat diese bedrohliche Entwicklung aufhalten können.

Die staatlichen Bemühungen zur Eindämmung der nationalistischen und rassistischen Einstellungen und Taten werden unter anderem konterkariert durch eine rassistische Gesetzgebung, wie zum Beispiel bei den so genannten Ausländergesetzen oder bei den diskriminierenden Regelungen der Vermittlung von Arbeitsplätzen für Einwanderer. So liegt die geschätzte Arbeitslosenrate für Einwanderer bei über 30 Prozent und bei türkischen Einwanderern in Berlin bei zirka 50 Prozent.[1] Dazu kommt die Absonderung von Türken und Russland-Deutschen in Ghetto ähnlichen Bezirken. Hier werden die Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus der Gegenwart offensichtlich. Im Fahrwasser der Entwicklung der Festung Europa, gedeihen Vorstellungen über einen autoritären Überwachungsstaat, dessen Spitze die Militarisierung nach Innen wie nach Außen darstellt.

Nach einem Brandanschlag auf die Synagoge in Düsseldorf initiierte die Regierung Schröder im Jahr 2000 einen »Aufstand der Anständigen«, der wirkungslos vergeudet wurde. Nehmen wir zum Beispiel die verschiedenen Kampagnen zum Verbot neofaschistischer oder antisemitischer Organisationen oder Gruppen. Keines der unzähligen Verbote hat bisher den gewünschten Erfolg gebracht, den die Verbotsbefürworter mit ihren Absichten intendiert haben. Ganz im Gegenteil. Die Neofaschisten sind stärker und effektiver geworden als je zuvor nach den Kriegsende 1945.

GEFAHR AUS DER MITTE

Die Beispiele belegen eindeutig, was seit langem immer lauter vermutet wird: Der sogenannte Rechtsextremismus ist keine Gefahr mehr, die sich allein am rechten Rand der Gesellschaft entwickelt, nein, diese Gefahr kommt aus der Mitte der etablierten, kleinbürgerlichen Gesellschaft, wo Anhänger aller Parteien, Kirchen und Gewerkschaften rassistisch und nationalistisch infiziert sind. Und wie schon in den 1920er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, so sind auch gegenwärtig rassistische und antisemitische Gruppen oder Parteien europaweit nicht nur auf den Straßen und in Parlamenten West- oder Osteuropas zu finden. Nach 1945 hat es in allen Teilen Deutschlands, also auch in der SBZ / DDR, ungezählte neofaschistische Vorfälle gegeben.[2] Die Vereinigung der ost- und westdeutschen Faschisten zu einer gemeinsamen gesellschaftspolitischen Kraft führte, zusammen mit dem aggressiven Antisemitismus der faschistischen Islamisten, zu einer gesteigerten Gefahr, deren Entwicklung außerordentlich ist und die in West- und Osteuropa eine Spitzenstellung einnimmt.[3] Seit dem Mauerfall wurden in ganz Deutschland nach offiziellen Angaben über 100.000 neofaschistische, antisemitische oder rassistische Straftaten registriert.[4] Über hundert Tote und tausende Verletzte sind seither zu beklagen.[5] In den ostdeutschen Bundesländern gibt es im Verhältnis zur Bevölkerungszahl eine zwei- bis dreifach höhere Zahl neofaschistischer beziehungsweise rassistischer Straftaten. Diese Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland bedarf rationaler Erklärungen. Vergleicht man über Jahrzehnte hinweg, die Entwicklung anhand der Zahlen

des Bundesinnenministeriums (von 1986 bis 2006), so versteht man die Dynamik der neofaschistischen Bewegung. 1990, also im letzten Jahr der BRD, gab es zirka 1.850 Vorfälle. Im ersten gemeinsamen Erhebungsjahr 1991, verdoppelte sich die Zahl der neofaschistischen Vorfälle bereits auf über 3.800 und im Jahr 1997 stieg die offiziell registrierte Anzahl auf fast 12.000. In den Jahren 2000 und 2005 wurden jeweils zirka 16.000 Vorfälle gezählt. 2006 wurde dieser Höchstwert übertroffen und befindet sich nun bei über 18.000 neofaschistischen Straftaten. Im Vergleich zum höchsten Wert in der alten BRD, haben sich die offiziellen Zahlen bis heute verzehnfacht.

Angesichts der ökonomischen und sozialen Krise der Gesellschaft, der durch Massenarbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse verursachten Massenarmut und -verelendung in breiten Schichten der Bevölkerung, wird Rassismus und Antisemitismus zu immer gefährlicheren gesellschaftlich wirksamen Ideologien. Es werden Vorgänge und Einstellungen sichtbar, die auf ein immer größer werdendes unsichtbares, weil untergründiges Problem hinweisen. Das in Rituale geformte Scheitern der Etablierten zeigt sich regelmäßig nach rassistischen Angriffen, wenn Verantwortung zurückgewiesen wird und Ursachen geleugnet werden. Medien oder gar die Einwanderer seien selbst schuld und Bürgermeister oder andere Politiker sorgen sich nach solchen Übergriffen, vor allem um das Image ihrer Gemeinden.[6]

RASSISMUS ALLENORTS

Seit 1990 werden alle zwei Jahre im Auftrag der Volkssolidarität von Berliner Sozialwissenschaftlern repräsentative Erhebungen erstellt. Die Ergebnisse sind an dramatischer Radikalität kaum zu überbieten, zeigt sich hier ebenfalls, dass neofaschistische und rassistische Einstellungen nicht allein auf männliche Jugendliche oder Jung-Erwachsene reduzierbar sind. Sie verteilen sich auf alle Altersgruppen – allein beim Rassismus wird eine wachsende Zustimmung von älteren und alten Menschen festgestellt. So befürworten entweder »vollständig« oder »teilweise« fast drei Viertel (72 Prozent) der Befragten eine Reduzierung der Einwanderer in Deutschland und erhoffen sich davon eine Lösung sozialer Probleme, wie zum Beispiel bei der Wohnungssuche und bei Arbeitsplätzen. Die Hälfte der Befragten (51 Prozent) stimmt der Behauptung zu, die meisten Einwanderer wären Kriminelle. Bei der Betrachtung einzelner Bundesländern ist zu sehen, dass in Mecklenburg-Vorpommern mit 55 Prozent und in Thüringen mit 50 Prozent die höchsten Zahlen zu finden sind, die der Behauptung »vollständig« zustimmen, es gäbe zu viele Ausländer.[7]

Eine weitere Studie untersucht die »Politische Kultur im Freistaat Thüringen« und wurde vom Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena, im Auftrag der Landesregierung Thüringen, erarbeitet. Dass Deutschland durch Einwanderer »in einem gefährlichen Maße überfremdet« sei, findet bei 53 Prozent der Thüringer Zustimmung und fast ebenso viele (50 Prozent) stimmen der Aussage zu, Ausländer kämen nur deshalb nach Deutschland um den »Sozialstaat auszunutzen«. Die Autoren stellen fest, dass der Rassismus sich als deutliche Ausprägung neofaschistischer Einstellungen erweist und 40 Prozent der Thüringer müssen als »ausländerfeindlich« charakterisiert werden. Erstaunlich sind die Ergebnisse bei den Befragten »mit großer Nähe zur DDR«, die eine überdurchschnittliche neofaschistische Orientierung aufweisen. Neo-Faschisten und Nostalgiker alter SED-Zeiten eint ausgeprägter Autoritarismus und eine deutliche Ablehnung der politischen und sozialen Realität Deutschlands.[8]

Eine dritte Erhebung wurde von Sozialwissenschaftlern der Universität Leipzig, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, unter dem Titel »Vom Rand zur Mitte« erstellt. Es ist eine repräsentative Untersuchung über die Einstellung der Deutschen in Ost- und Westdeutschland, unter anderem zu Nationalismus und Rassismus, deren Ergebnisse höchste Beachtung verdient. Hier wird deutlich, dass nationalistische und rassistische Einstellungen nicht allein auf die Anhänger von NPD oder DVU zu reduzieren sind, weil Mitglieder von Kirchen, Gewerkschaften und von allen etablierten Parteien, als auch von der Linkspartei, ebenfalls mit antihumanen und anti-demokratischen Ideologien belegt sind. Den Aussagen, eine Diktatur, ein Führer oder eine einzige starke Partei wäre das Richtige für Deutschland stimmen zirka 50 Prozent der Befragten »überwiegend« und »voll und ganz« zu. Beinahe 37 Prozent der erwachsenen Deutschen stimmen der Behauptung zu, Ausländer würden den Sozialstaat ausnutzen. Dem entsprechen die 35 Prozent die bejahen, dass Einwanderer aus dem Land gewiesen werden sollen. Man wundert sich nachgerade nicht mehr über die Zustimmung von fast 40 Prozent der Befragten, Deutschland sei in einem gefährlichen Ausmaß überfremdet. Bei den westlichen Bundesländern sind die für Bayern die höchsten und erreichen die überdurchschnittliche Zustimmung für National-Chauvinismus von über 34 Prozent und für rassistische Einstellungen von über 42 Prozent. Ähnliche Zahlen werden in Mecklenburg-Vorpommern mit über 30 Prozent beim nationalen Chauvinismus und mit über 34 Prozent beim Rassismus erreicht. Die Zustimmung zum Rassismus in Brandenburg erreicht mit knapp 50 Prozent den höchsten Wert in einem deutschen Bundesland überhaupt. Schaut man auf die absoluten Zahlen, so liegt Nordrhein-Westfalen an der Spitze, gefolgt von Niedersachsen.[9] Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hält Sachsen-Anhalt, schon zum zweiten Mal die Spitzenposition (vor Brandenburg). Die neofaschistischen Straftaten haben sich dort seit dem Jahr 2002 fast verdoppelt. Nach wie vor ist die Gefahr für Einwanderer hier angegriffen zu werden, mindestens zehnmal so hoch wie zum Beispiel in Hessen.[10]

Vor dem Hintergrund der politischen und ökonomischen Krise der deutschen Gesellschaft, drohen die rassistischen und nationalistischen Verhältnisse zur bitteren Normalität zu werden. Der weitgehend »ungestörte« Abbau sozialer Rechte und Leistungen und die damit einher gehende systematische Verschärfung staatlicher Überwachung und Repression sind Beleg dafür.[11]

Um aus dieser Misere heraustreten zu können, muss der antifaschistische Kampf zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung erweitert werden, in der die einzelnen Teile der faschistischen Ideologie kritisiert und letztlich aufgehoben werden. ‹›

ANMERKUNGEN **1** *Der Tagesspiegel*, vom 24. April 2008 **2** Vergleiche ***Kritik des Anti-Semitismus*** Harry Waibel, Internet: www.stiftung-sozialgeschichte.de; ***Kritik des Anti-Faschismus der SED*** Harry Waibel, Internet: www.stiftung-sozialgeschichte.de. **3** Vergleiche Angaben der Agentur der EU für Grundrechte, Internet: www.fra.europa.eu. **4** Statistische Angaben seit 1990. Diese Erhebung, die ich selbst angefertigt habe, ist das Ergebnis einer Addition der offiziellen Zahlen, die in jährlichen Berichten des BMdI veröffentlicht werden. **5** Vergleiche Wanderausstellung *Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland* **6** ***Ob Ost, ob West...*** Andreas Speit, in: *Jungle World* Nr. 35 vom 30. August 2007, Seite 4. **7** ***Sozialreport 2006*** *Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern*. Volkssolidarität Bundesverband e.V., Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., Berlin, Dezember 2006. **8** ***Politische Kultur im Freistaat Thüringen*** *Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2006*. Michael Edinger/Andreas Hallermann/Karl Schmitt **9** ***Vom Rand zur Mitte*** *Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Herausgeber), Oliver Decker/Elmar Brähler, Berlin 2006. **10** ***Köpfe, Straße, Parlament*** Heike Kleffner, in: *Konkret* Heft Nr. 9, September 2007, Seite 12–15. **11** ***Knobelbecher und Sandalen***. Lothar Galow-Bergemann, in: *Konkret* Heft 9, September 2007, Seite 20–21.

REZENSIONEN

DIE WOHLGESINNTEN

LUKAS ENGELMANN

Die Perspektive des erzählenden fiktiven SS-Offiziers Max Aue ist wohl der eigentliche Skandal dieses Romans. Zahllose Kapitel nationalsozialistischer Vernichtungspolitik werden den Lesenden als persönliche Erinnerungen eines ebenso überzeugten wie hoch kultivierten Nationalsozialisten auf fast 1400 Seiten aufgedrängt: Die Einsatzgruppen in der Ukraine, der Kessel von Stalingrad, Teetrinken mit Eichmann, Himmler, Röß und anderen Nazigrößen, die Bürokratie der Vernichtung, die Zerstörung Berlins, der Führerbunker und Co. sind nur einige der extrem bildhaft vermittelten Eindrücke. Jonathan Littell stellt sich dem Problem eines historischen (übrigens äußerst exakten) NS-Romans aus Täterperspektive, indem er die Hauptfigur in das komplexe Geflecht zwischen Intellektualität, Homosexualität und Sicherheitsdienst der SS hinein konstruiert. Angereichert durch inzestuöse und morbide Jugenderfahrungen mit der Zwillingsschwester names Una(!), antik inszeniertem Muttermord (»Aischylos«) und zahllosen Metaphoriken der oralen und analen Ausscheidung (et cetera) eignet sich der Roman sicherlich hervorragend für die ausführliche psychoanalytische Erörterung komplexer Ursachen der Täterschaft im NS. Doch abseits dieser Elemente, deren melancholische und zuweilen redundante Betonung das Werk durchziehen, finden sich auch interessante Aspekte in dem Unternehmen Littells, die »Sprache der Henker« (Claude Lanzmann über den Roman, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. November 2007) zu erfinden.
Gerade die umstrittene Blickperspektive des Protagonisten lohnt einer genaueren Betrachtung. Da ist zunächst die Ausgangssituation: die erinnernde Erzählung über das Leben des jungen Nationalsozialisten Max Aue. Der alternde Fabrikant Max Aue leitet seinen Bericht ein, positioniert sich irgendwo zwischen Trauma, Reue und Unbelehrbarkeit und seiner unmissverständlichen Haltung an die Lesenden: »Ich bin wie ihr!« Folgen die Lesenden nun seiner Erzählung in die Vergangenheit, so erwartet sie eine ganze Maschinerie an Erzähltechniken, die der erhobenen Forderung nach Identifikation mit dem Täter Nachdruck verleiht. Grelle Bilder von Ermordungsaktionen, tiefe und drastische Einblicke in die Psyche und den belasteten emotionalen Apparat des jungen Max Aue und zahllose Analogien und Aphorismen über den Blick (Fotos, Kameras, Bildermappen et cetera) und seine Implikationen zwingen zum Zuschauen mit Aues Augen und verlangen nahezu restlose Identifikation mit seinem Blick. Der »zuschauende« Leser wird zum verbündeten Komplizen des Täters und Littell gelingt es dennoch über plumpe Täteridentifikation als Selbstzweck hinauszuweisen.
Was zunächst als karger Versuch der Vermenschlichung des nationalsozialistischen Täters anmutet, verkehrt sich in das exakte wie erstaunliche Gegenteil. Das in der traumatischen Fixierung wiederaufgearbeitete junge Alter Ego des Erzählers wird nämlich alles andere als menschlich. Die Figur bleibt künstliche Erzählung: ihre historische Allgegenwart, ihre seltsam distanzierte und teilnahmslos-beobachtende Haltung und vielleicht gerade die dicke Patina der psychischen Inkonsistenz generieren eine leere Hülle. Und so zielen all die Identifikationseinladungen des Textes auf eine leere Stelle, an der lediglich der Blick selbst übrig bleibt. Die Lesenden, die sich im Rausch der Tabubrüche (Täterperspektive? Schaulust am Grauen der Ermordungen?) mitreißen lassen und in dem Versprechen der maximalen Sichtbarkeit nach Aufklärung und neuem Wissen suchen, finden nur sich selbst: Die Spiegelung der eigenen Schaulust im Blick Max Aues und der Verweis auf die eigenen Anteile des im erinnerungspolitischen Diskurs verworfenen Anderen des nationalsozialistischen Täters inszeniert Littell gekonnt.
Der Diskurs um die Legitimität von Täterperspektiven in der NS-Literatur trifft daher nur bedingt auf das Buch zu. Sein Gestus zielt eben nicht auf Einblick und

Aufklärung über Täterperspektiven auf den NS. Vielmehr nutzt Littell die damit verbundenen tabuisierten Reize als Steilvorlage für eine Analogie über die in seinen Worten auch gegenwärtige mögliche »ethische Option« des Genozids. Der Roman richtet sich an die Gegenwart und verweist über die Umsetzung hochaktueller Forschungsarbeiten zum NS auf die Verknüpfung von nationalsozialistischer Vernichtungspolitik und moderner Subjektivität. Hier sollte er kritisiert werden. ‹›

Die Wohlgesinnten Jonathan Littell, Berlin Verlag, Berlin, 2008, EUR 36,00

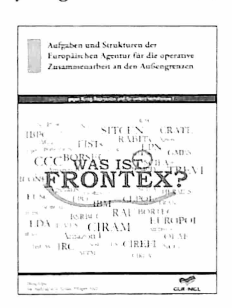


FRONTEX WAS IST DAS?

ANDREAS NOWAK

Bekannt geworden ist Frontex mit der Tragödie der Flüchtlinge an den Stränden Lampedusas und den Kanarischen Inseln. Die Hera-, Nautilus- und Jason- Missionen im Mittelmeer orientieren sich mit ihren Namen am Mythos der griechischen Antike und der Ausdehnung der griechischen Kultur an seinen Küsten. Dies sind auch die Missionen, denen sie ihre Bekanntheit verdankt. 2005 zum Schutz der EU-Außengrenzen gegründet hat, Frontex eine beachtliche Karriere hinter sich. Innerhalb der letzten drei Jahre hat sich das Budget auf 70 Millionen Euro von anfangs 6,3 mehr als verzehnfacht und im Gespräch ist eine Erhöhung auf 100 Millionen für 2009. Die zentrale Stellung der Frontex im Rahmen der Strategien zur Abschottung Europas ist unabweisbar, doch bleibt ihre Tätigkeit seltsam im Dunkeln.
Die Broschüre »Was ist Frontex?« soll über Funktion, Tätigkeit und auch die Entstehungsgeschichte der Agentur aufklären. Das IMI, die Informationsstelle Militarisierung, sowie das Büro von Tobias Pflüger (Mitglied des Europäischen Parlaments) haben Artikel und Dokumente zur Arbeit und Organisation der Frontex und der veränderten Grenzsicherungs- und Migrationspolitik der EU zusammengestellt.
Die Broschüre bietet einen vertieften Einstieg in die Materie, ein Glossar erklärt die kryptischen Abkürzungen und sie klärt über Details der organisatorischen, rechtlichen und politischen Zusammenhänge auf. ‹›

Was ist Frontex? *Aufgaben und Strukturen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*, IMI, (kostenlos gegen Porto)



KONSTRUKTIONSPROZESSE VON ORIENT UND ISLAM

FLORIAN BECKER

Das Verhältnis von Islam(-kritik) und (antimuslimischem) Rassismus wird auch in der antirassistischen Linken viel diskutiert. Die beiden unlängst erschienenen Bücher widmen sich dem Thema antimuslimischer Rassismus mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten und Perspektiven.
Der von Iman Attia im Unrast-Verlag herausgegebene Band versammelt diskursanalytische Beiträge zu Konstruktionen von Islam und Orient. Diese werden als wirkmächtige Konstruktionen verstanden, die Sicht- und Handlungsweisen durch die Produktion eines Wissens über die »kulturell Anderen« nahe legen und andere Perspektiven zurückdrängen. Dabei nehmen die Analysen die hegemoniale Perspektive kritisch in den Blick: Der Westen existiert nur als Kontrastfolie zu Repräsentationen von Islam und Orient, die im Kontext politischer, ökonomischer und kolonialer Herrschaftsstrategien entstanden sind und darin verändert und aktualisiert werden.
Die Einführung von Iman Attia bietet einen guten Einstieg in das umkämpfte Argumentationsfeld. Sie zeigt die Verschränkung von kulturalistischen Argumentationen mit orientalistischen Diskursen über Geschlechter (zum Beispiel in der Kopftuchdebatte) und fragt nach dem Verhältnis von Patriachats-, Antisemitismus- und Religionskritik und antirassistischen Perspektiven. Dabei zeigt sie die Wirkmächtigkeit orientalistischer und kulturalistischer Konstruktionen in gesellschaftskritischen Diskursen und die Fallstricke und Widersprüche, die dazu führen können, dass sich hegemoniekritische Perspektiven gegenseitig stumm machen oder zur Festigung rassistischer Konstruktionen beitragen.
Interessant ist die Spannbreite der Beiträge, die von historischen Rekonstruktionen orientalistischer Bilder und Diskurse in Deutschland und Europa (ihre Wandlungen vom Mittelalter zur Neuzeit; zum kolonialen Hintergrund des Bildes der »Orientaldespoten«) über »Orient als Raumkonstruktion der Geographie« hin zur Analyse von kulturellen Produktionen in Musik, Literatur (in »Tausend und eine Nacht bei Karl May) und Kunst reicht.
Ausführlich zeigt der Band die Bedeutung der Wissenschaften (Kultur-, Sozial-, Geschichtswissenschaft, der Geographie, aber auch der Islamwissenschaften) für die Produktion von Wissen und kulturellen Bildern über die »Anderen«. Dabei wird deutlich, wie diese in koloniale und imperiale Politiken eingebunden waren und sind (wie die Konstruktion eines Feindbildes Islam in den Umbruch der »alten Weltordnung« und den zweiten Golfkrieg). Die Stärke der diskursanalytischen Perspektive liegt darin, die Verbreitung von orientalistischen und kulturrassistischen Konstruktionen über Muslime und ihre Verankerung im kollektiven Gedächtnis und der(Alltags-)Kultur zu verdeutlichen. Zugleich liegt in der Konzentration auf Konstruktions-

prozesse in der Wissens- und Kulturproduktion auch eine (den gewählten Theorieansätzen verbundene) Begrenzung der Analyse von anti-muslimischem Rassismus als einer Konjunktur im Rassismus.
Wie sich anti-muslimischer Rassismus in Auseinandersetzungen um den Bau von Moscheen äußert zeigt der Band von Andreas Häusler. Der Schwerpunkt liegt auf detaillierten Fallstudien zur Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO), die versucht, in gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Moscheebauten und Islam in verschiedenen Städten einzugreifen.
Diese Politik wird von den Autoren als »rechtspopulistisch« betitelt. Zwei Beiträge widmen sich dem »Populismus der extremen Rechten«.
Den Hauptteil des Buches machen Analysen zu PRO, dem Verhältnis zur extremen Rechten, ihren Strategien (bis hin zur Jugendarbeit) und Organisationsstruktur in verschiedenen Städten (wie Köln, Berlin und Hamburg) aus. »Antiislamischer Populismus« wird als Wahlkampfstrategie und Versuch einer Modernisierung der extremen Rechten analysiert, die damit versucht gesellschaftlich anschlussfähig zu werden und an einen verbreiteten antimuslimischen Rassismus anzuknüpfen.
Anhand des Beispiels von »PRO Köln« und dem Konflikt um den Bau einer Moschee in Köln Ehrenfeld, der im September in dem (gescheiterten) Versuch von PRO Köln gipfelte einen europäischen Anti-Islamkongress in Köln durchzuführen, werden die Auseinandersetzungen im »Kulturellen« geschildert: ein »Kulturkampf von rechts« (Kemal Bozay) und die Bedingungen gesellschaftlich verankerter antirassistischer Strategien. Der Beitrag von Micha Brumlik beleuchtet die Rolle von Ralph Giordano in diesem Konflikt.
Der abschließende Teil zu Gegenstrategien konzentriert sich vor allem auf verschiedene kommunalpolitische Ansätze (vom Stadtrat über die kommunalen MigrantInnenvertretungen bis zu zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Protesten). Durch seinen detaillierten und empirischen Zugang ist das Buch eine Bereicherung für die Diskussion um das Thema »anti-muslimischer Rassismus«, auch wenn die theoretische Einbettung der Analysen etwas zu kurz kommt und die politischen Gegenstrategien kontrovers diskutiert werden können. ‹›

Orient- und Islambilder *Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischen Rassismus* Iman Attia (Hg.), Unrast Verlag Münster 2007, EUR 18,00

Rechtspopulismus als Bürgerbewegung *Kampagnen gegen Islam und Moscheebauten und kommunale Gegenstrategien* Alexander Häusler, Wiesbaden 2008, EUR 24,90



WEM GEHÖRT DER KLIMAWANDEL?

KLAUS MÜLLER

Die Latte hängt hoch, wenn zwei des Müslitums unverdächtige Zeitschriften – Arranca! und Sul Serio – eine Gemeinschaftsausgabe mit dem Titel »Wem gehört der Klimawandel?« veröffentlichen. Denn mit beiden hatte die ZAG auch schon Gemeinschaftsausgaben produziert.
Auch die gutwilligsten LeserInnen zum Thema Klimawandel sind zugemüllt bis oben, denn von Grünen/SPD/CDU bis zu rechten Heimatschützern trachten sich alle mit den »radikalsten Ansätzen« zu überbieten. Dabei dient die Klimadebatte allzu häufig als Deckmantel, um soziale Gegensätze und Widersprüche im System zu relativieren und die Privatisierung und Ökonomisierung der Natur als »einzig gangbaren« Weg zu feiern.
Hier setzt die Gemeinschaftsausgabe an. Nicht das Lamentieren über die »große zukünftige Katastrophe«, sondern die alltäglichen kleinen, jetzt stattfinden, den werden in den Artikeln beleuchtet. Dabei wird der Bogen gespannt vom Thema »Kapitalismus, ökologische Marktwirtschaft und Krise« über »Zusammenhänge zwischen Biodiversität und Geschlechterverhältnisse« bis zur verfehlten Klimaschutzangenda der Weltbank – um nur drei der 17 Artikel zu nennen.
Fazit: Unbedingt lesenswerte 60 Seiten Lektüre und vor allem für die, die ihren Kopf mal durchpusten und sich dem Thema endlich wieder unvoreingenommen nähern wollen. ‹›

Wem gehört der Klimawandel? Arranca!/Sul serio, Berlin 2008 (kostenlos gegen Porto)



ANTIRASSISMUS VOR DER WENDE

ALBERT ZECHERU

Antirassismus als explizit politisches Thema der Linken begann in der Bundesrepublik nicht erst mit der Änderung der Asylgesetzgebung. In seiner Publikation greift der Autor Niels Seibert weiter vor, um den Anfang und die Entwicklung eines politischen Kampfs gegen Rassismus, verstanden als eine eigenständig gesellschaftlich wirkungsmächtige Ideologie nachzuzeichnen.
Er beschränkt sich hierbei im wesentlichen auf den Verlauf konkreter Ereignisse und ermöglicht damit ein Verstehen vergessener Proteste aus den damaligen politischen Verhältnissen heraus. Dies macht das Buch zum einen spannend, zum anderen seine Inhalte vergleichbar mit gegenwärtigen Kämpfen.
Die Ereignisse sind in dem dargestellten Zeitraum zwischen 1964 und 1983 vor allem Proteste der Studenten- und Internationalismusbewegung, die sich – ihrer Chronologie folgend – innerhalb der The-

menbereiche Kolonialismus und Neokolonialismus, internationale Solidarität, bundesdeutsche Ausländerpolitik sowie Flucht und Asyl bewegen. ‹›

Vergessene Proteste. *Internationalismus und Antirassismus 1964–1983* Niels Seibert, Unrast Verlag, Münster 2008, EUR 13,80



ISLAMFEINDLICHKEIT

HARALD SCHMEISSER

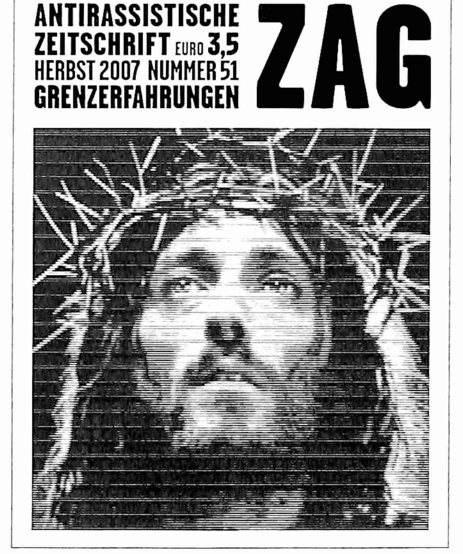
Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA e.V.). hat einen Reader für die Jugendarbeit heraus gegeben. In der 64-seitigen Broschüre beleuchten verschiedene AutorInnen die aktuell immer stärker werdende Islamfeindlichkeit aus diversen Perspektiven und gehen dabei auf unterschiedliche gesellschaftliche, kulturelle, politische, geschlechtsspezifische und mediale Diskurse ein. In einem weiteren Teil schreiben Mitglieder der verschiedenen muslimischen Communitys ihre Sichtweisen und Erfahrungen, sowie die alltäglichen Auswirkungen der ihnen entgegengebrachten antimuslimischen Stereotypen. Im dritten Teil des Readers werden mögliche Gegenstrategien sowie die Frage behandelt, welche Möglichkeiten es in der Praxis der Jugendbildungsarbeit geben kann. Hier finden sich auch einige Beispiele zur Herangehensweise an dieses Thema im Alltag sowie ergänzende Statistiken zu Islamfeindlichkeit, Filme, die sich zum Einsatz in der Jugendbildungsarbeit eignen, Projekte zum interreligiösen Dialog und Möglichkeiten der politischen Bildung zu Islamfeindlichkeit.
Obwohl sich der Reader vorrangig an die MultiplikatorInnen der Jugendarbeit richtet, ist er auch für andere eine gute Möglichkeit, sich einen ersten Einstieg und Überblick in diese vielschichtige Thematik zu verschaffen – vor allem, weil sich die ersten Artikel des Readers erst einmal nicht mit »dem Islam« auseinandersetzen, sondern die unreflektierten, alltäglichen Stereotypen behandeln, die den meisten Mitgliedern der deutschen Mehrheitsgesellschaft eine unvoreingenommene Sicht auf das Thema schon im Ansatz verbauen. Schade nur, dass trotzt des kritischen und hinterfragenden Grundtenors, der sich durch den gesamten Reader zieht, unter anderem auch der Verfassungsschutz als eine seriöse Quelle betrachtet wird. ‹›

Islamfeindlichkeit. *Aspekte, Stimmen, Gegenstrategien* Stephan Bundschuh/ Birgit Jagusch (Herausgeber). IDA e.V. (kostenlos gegen Porto)



Erratum In der letzten ZAG, der Nummer 52 haben wir leider unterschlagen, wer den Artikel »Ausgrenzungsstrukturen bekämpfen!? Der Anti-Bias-Ansatz an Schulen« wirklich und wahrhaftig geschrieben hat.
Nicht allein Bettina Schmidt, sondern auch Anne Sophie Winkelmann zeichnen gemeinsam für den Beitrag als Autorinnen verantwortlich. Beide sind in der Anti-Bias-Werkstatt engagiert.







IMPRESSUM

Herausgeber Antirassistische Initiative e.V. **Die ZAG** ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder. **Redaktionsanschrift** ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **Telefon** 7857281 **Fax** 6913005 **E-Mail** redaktion@zag-berlin.de **Internet** www.zag-berlin.de **Bankverbindung** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 20 500, ZAG-Kontonummer 3 039 601 **Grafische Gesamtgestaltung** Gute Gestaltung **Druck** Fata Morgana **Gewerbliche Anzeigen** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2001 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe Brigitte Lötsch

Die ZAG im Abonnement www.zag-berlin.de **oder** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin ***Zwei Ausgaben*** kosten EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden! Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.

Abbildungen **Titelseite** Papst Benedikt XIV **7** Bousouki spielender und Sirtaki tanzender Mann **11** Lech Kascynski, seit 2005 Präsident Polens – lehnt eine Gleichstellung von Homo- und Heteroseuellen strikt ab **25** Bushido, deutsch-tunesischer Rapper, dessen Songtexte als schwulenverachtend, sexistisch und gewaltverherrlichend interpretiert werden können **Rückseite** Christoph Daum, deutscher Fußballtrainer –fiel durch homophobe Äußerungen beim Thema Fußball-Nachwuchsförderung auf, entschuldigte sich aber später dafür

BACKLIST

1991 **Nummer 01** Rassismus tötet *vergriffen* ***1992*** **02** Greift ein! Schaut nicht weg **03** Wer schweigt, stimmt zu **04** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda *vergriffen* **05** Roma, Rostock *vergriffen* ***1993*** **06** Gleiche Rechte für alle/Lagerkampagne *vergriffen* **07** Rassismus und Bildung *vergriffen* **08** Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen* **09** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen* ***1994*** **10** Rassismus und Bildung **11** Innere Sicherheit **12** Rassismus, Soziale Frage **13** Polizei und Justiz ***1995*** **14** Deutscher Antirassismus? (Gemeinschaftsausgabe mit Off Limits) **15** Illegalisierung *vergriffen* **16** Europa **17** Alltag, Kultur, Rassismus ***1996*** **18** VietnamesInnen in Berlin (Gemeinschaftsheft mit Arranca!) *vergriffen* **19** Einwanderungspolitik **20** Ökologie **21** Balkan, Krieg und Flucht ***1997*** **22** City 2000 **23** Mobilität **24** Globale Migrationskontrolle **25** Arbeit mit Illegalisierten, Wege aus der Illegalität ***1998*** **26** MigrantInnen **27** Antirassistische Jugendarbeit **28** Innere Sicherheit light, Alternative Sicherheitskonzepte **29** Sport und Rassismus ***1999*** **30** Das Ende der Tabus **31** Gesundheit als Privileg **32** Bilder-ZAG **33** Konzepte antirassistischer Arbeit ***2000*** **34** Islam-bilder **35** Schengenland **36/37** Zimmer ohne Aussicht ***2001*** **38** Abschiebeknäste **39** Antisemitismus *vergriffen* ***2002*** **40** Blitzkulturen **41** Monster ***2003*** **42** 911 Turbo **43** Antiziganismus *vergriffen* ***2004*** **44** Migrationsmanagement *vergriffen* **45** Migration von Frauen *vergriffen* ***2005*** **46** Lechts und Rinks **47** Produktionen des Westens (Gemeinschaftsheft mit Kleine Anfrage/sul serio) ***2006*** **48** Die Türkei in Europa **49** Nationale Befreiungsbewegungen ***2007*** **50** Verschwörungen **51** Grenzerfahrungen ***2008*** **52** Antidiskriminierung in der EU

ZAG 54 ERSCHEINT IRGENDWANN 2009